

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, von Sonn- und Festtagen mit Ausnahme. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.45 M., bei Zustellung unter Streifen für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate kosten die achtstellige Nonoparzell-elle über dem Raum 1,20 M., Wochenzeiger des feigedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Zeitungsausschnitt 20 Pf., Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen ist der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Unterlagen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Lloyd George über Rußland.

### Die englische Regierung und die russische Gegenrevolution.

London, 14. November. (Gadab.)

Lloyd George wohnie gestern einer Sitzung des Unterhauses bei. Eine große Anzahl von Anfragen über die Lage in Rußland wurde an ihn gestellt.

Der Premierminister bemerkte kategorisch, daß niemand irgend jemand ermächtigt sei, in seinem Auftrag an die Sowjetregierung heranzutreten, um gegebenenfalls Verhandlungen mit dieser zu eröffnen. Ueber die militärische Lage Rußlands gab Lloyd George an, daß die Rückschlüsse ziemlich bescheiden seien, die Admiral Koltschal erlitten habe, welcher übrigens die Stadt Omsk nicht geräumt habe, deren Schicksal von den Kämpfen abhängt, die sich in den nächsten Tagen abspielen werden. Trotz der Erfolge seiner Armee sei es ihm nicht gelungen, die Herrschaft über die den Bolschewisten abgenommenen Gebiete zu befestigen, und zwar infolge des Mangels an Willen bei der Bevölkerung, die bald auf die eine, bald auf die andere Seite neige. Der Premierminister fügte hinzu, daß die russische Politik der englischen Regierung dieselbe bleibe wie bisher.

London, 14. November. (Gadab.)

Zu seiner Rede im Unterhaus sagte Lloyd George weiter, die den Regierungen Rußlands geleistete Hilfe belaufe sich auf über 100 Millionen Pfund. Aus menschlichen und wirtschaftlichen Gründen müßte der Bürgerkrieg in Rußland bald aufhören. Deshalb sei die englische Regierung noch immer bereit, alle Bestrebungen aufzunehmen, die auf Wiederherstellung des Friedens in Rußland gerichtet seien und dort eine konstitutionelle Regierung errichten wollten, welche die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung finde. Die Alliierten hätten diese ihre Meinung in einem Briefe an Admiral Koltschal kundgegeben, in dem gesagt werde, daß die alliierten und assoziierten Mächte dringenden, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der die verschiedenen russischen Regierungen vertreten sein, und auf der die Probleme, deren Regelung auf der Friedenskonferenz nicht möglich gewesen sei, diskutiert werden sollten. Wenn das Haus eine Erklärung dieser Frage wünschen sollte, bevor die erwähnte Konferenz zusammentrete, sei die Regierung bereit; sie werde alle notwendigen Ausschüsse geben. Die Erklärung könne kommen, den Montag stattfinden.

### Englisch-französische Europapolitik.

Paris, 14. November. (Gadab.)

„La Presse de Paris“ hebt die Bedeutung der Besprechungen hervor, die Pichon in London mit den englischen Regierungsmitgliedern hatte. Das Blatt fügt hinzu, daß die wichtigsten Fragen der Beratung folgende sind:

1. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, die man als nicht zweifelhaft betrachte.
2. Die Politik der Alliierten in Rußland, wobei Frankreich nach England werden neue Opfer bringen, um die übrigen noch für mehrere Monate verschiedenen Regierungen, welche gegen die Bolschewisten kämpfen, zu versorgen, daher werden diese bei den Mächten feine Schritte unternehmen oder Unternehmungen einleiten, die geeignet wären, den Bolschewismus zu stärken.
3. Die Haltung der Alliierten gegenüber der Türkei. Die gemeinsame Politik Frankreichs und Englands geht dahin, alle nichttürkischen Gegenden von der türkischen Herrschaft zu befreien. Die gegenwärtige Tendenz ist, den jetzigen Sultan in Konstantinopel zu belassen, wobei die osmanische Regierung einer wirksamen und sorgfältigen Kontrolle unterstellt wird, um eine lebensfähige Macht herzustellen, die jedoch außerstande ist, ihre Nachbarn oder christlichen Unterthanen zu schädigen. Bei allen Problemen, die besprochen wurden, wurde vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen festgestellt.

### Paderewski über die polnische Politik.

Wien, 14. November.

Nach hier vorliegenden Meldungen aus Warschau sagte Ministerpräsident Paderewski in der gestrigen Landtagsitzung, die osteuropäische Frage sei noch nicht entschieden. Die polnische Delegation werde alles daransetzen, um Ostgalizien samt der polnischen Stadt Lemberg dem Bunde zu erhalten. Die Gewährung einer weitgehenden Autonomie in Ostgalizien sei bereits beschlossen. Paderewski sprach auch von

dem selbstmütigen Volke in Oberschlesien, das zum erstenmal sein Blut für die polnische Sache geopfert habe. Rumänien, unser Nachbar, sagte er, ist auch unser Bundesgenosse. Mit der Tschechisch-Slowakischen Republik wollen wir im Einvernehmen und Freundschaft leben. Ueber die Delegation der Slowaken, die mit einer Anklage gegen die Tschechen in Paris erschienen sei, sagte er, sie habe die polnischen Forderungen in Paris erschienen sei, sagte er, sie habe die polnischen Forderungen, die weder von Paderewski, noch von dem stellvertretenden Minister des Äußeren unterzeichnet waren, von untergeordneten polnischen Polizeiorganen erschlichen. Mit Rußland könne es vorläufig keinen Frieden geben; Polen werde aber ein freies Rußland, das keine Ration unterdrückt und dem Völkerverbunde beitrete, mit Freuden begrüßen.

### Allgemeiner englischer Gewerkschaftskongreß. Verstaatlichung der englischen Bergwerke. — Die englische Rußlandpolitik.

H. N. London, 14. November.

Der Kongreß der Gewerkschaften und der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hielten gestern eine Besprechung zur Vorbereitung eines allgemeinen Kongresses der Gewerkschaften sowie Verstaatlichung der Bergwerke ab. Es wurde beschlossen, zur Ausarbeitung einzelner Punkte und zur Vorahme vorbereitender Propaganda-Maßnahmen in allen Industrie-Zentren Kommissionen zu ernennen. Der Kongreß findet am 9. und 10. Dezember statt. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses behandelte die britische Politik in Rußland sowie die Verlängerung der Dienstpflicht und beschloß im Zusammenhang mit der daran geknüpften Kritik eine Unterredung mit Lloyd George herbeizuführen.

### Bolschewistische Unterstützung der Ukraine gegen Denikin.

Amsterdam, 14. November.

Das britische Kriegsamt gibt bekannt, daß die Bolschewisten Truppen zur Unterstützung Peiljuras entsandt haben.

### Die militärische Willkürherrschaft.

München, 14. November.

Der Oberbefehlshaber des bayerischen Reichswehrgroupenkommandos Nr. 4, Generalmajor von Wochl, hat das Erscheinen der unabhängigen Zeitung „Der Kampf“ wegen Verleumdung der Einwohnerwehren gegenüber dem Feind auf vier Tage verboten.

Nur so lustig weiter. Besser kann man dem deutschen Volke die „bollendete Demokratie“ nicht demonstrieren als durch diese plumbe Unterdrückung der revolutionären sozialistischen Presse.

### Die neue Justizkomödie.

Der Prozeß gegen den 32fachen Matusenmörder Oberleutnant Marloh beginnt am 3. Dezember vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 3 im neuen Kriminalgericht, Zimmer 664. Gerichtsherr ist in Vertretung Oberst Laffen und Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer.

Daß die Anklage nur auf Totschlag, nicht auf Mord lautet, erklärt sich daraus, daß Marloh auf Befehl oder wenigstens in Übereinstimmung mit seinen Vorgesetzten, die nicht auf der Anklagebank sitzen, gehandelt haben soll. Uebbrigens sind Gertz und Rostke von der Erhebung der Anklage auf Totschlag vorher verständigt worden.

### Die Angst der Dollarkönige.

Amsterdam, 14. November.

„New York Times“ meldet, daß dem Kongreß 52 Gesetzentwürfe eingebracht wurden, in denen die Regierung ermächtigt wird, gegen die Bolschewisten, Anarchisten und die anderen amerikasfeindlichen Organisationen vorzugehen. Von diesen werden augenblicklich 22 Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, in denen für die Beschlagnahme des Privatbesitzes und die Errichtung der bolschewistischen Regierungsform eingetreten wird.

### Ein Jahr „Freiheit“.

Heute vor einem Jahr ist die erste Nummer der „Freiheit“ erschienen. Wenige Tage nach der siegreichen Revolution genügten, um die durch den Raub des „Vorwärts“ im Oktober 1918 entstandene Lücke auszufüllen und für die Berliner Arbeiterschaft ein Organ zu schaffen, das ihren revolutionären Anschauungen entspricht. In den allerersten Tagen nach dem 9. November war freilich nicht daran zu denken, sich um die Schaffung eines eigenen Organs zu kümmern. Zu stark war die Inanspruchnahme aller Parteigenossen durch die revolutionären Vorgänge und die ununterbrochene angestrengte Arbeit in den verschiedenen Institutionen der Arbeiter- und Soldatenräte und der Partei. Die eigentlichen Vorarbeiten für die Herausgabe eines eigenen Organs wurden erst am 13. November begonnen, und schon zwei Tage darauf konnte die erste Nummer der „Freiheit“ in die Welt hinausgeschickt werden. Wo die Tatsache berücksichtigt, daß die Genossen fast ohne Mittel, ohne technischen Apparat, ohne eigene Druckerei aus Werk gehen mußten, wird die ungeheure Arbeitsleistung ermessen, die im Verlauf weniger Tage bewältigt wurde. Dank der Opferwilligkeit und dem unermüdbaren Eifer der mit den Vorarbeiten betrauten Genossen, gelang es, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und die erste Nummer der „Freiheit“ schon am 15. November herauszugeben.

Die eigentliche Arbeit an dem Aufbau des Unternehmens setzte allerdings erst nach dem Erscheinen der ersten Nummern ein. Der ganze Apparat, den eine große, modern eingerichtete und zweimal täglich erscheinende Zeitung erfordert, mußte vollständig neu geschaffen werden, und zwar ohne Zuhilfenahme nennenswerter Kapitalien, lediglich gestützt auf die Opferfreudigkeit und eifrige Mitarbeit der Genossen und Genossinnen Groß-Berlins.

Schon in den ersten Wochen des Bestehens der „Freiheit“ setzte eine so intensive Aufwärtsbewegung der Abonnentenzahl und des Straßenverkaufs des Blattes ein, wie sie ähnlich in der Geschichte der Berliner Presse wohl kaum zu verzeichnen ist. Am Ende des November 1918 war bereits eine Auflagezahl von 65 000 erreicht. Es genügt darauf hinzuweisen, daß sich die Auflage der „Freiheit“ gegenüber dem November und Dezember v. J., trotz einiger Schwankungen, um das Dreifache gesteigert hat, und dies trotz der ständigen Papierknappigkeiten, der mehrfachen Verbote und der durch die fortgesetzte Steigerung der Gestehungskosten notwendig gewordenen Erhöhungen des Abonnementspreises.

Das rapide Wachstum der Auflageziffern mochte seinerseits wieder eine zunehmende Erweiterung des Betriebes und des gesamten Apparates zur Verbreitung erforderlich machen, so daß im Grunde genommen ununterbrochen an dem Ausbau und der Ausgestaltung des Betriebes gearbeitet werden mußte. Von allen Kommissionen und Ausschüssen der Berliner Organisation hat wohl kaum eine so intensiv arbeiten müssen, wie die Pressekommission bzw. der Aufsichtsrat, dem die Leitung des Zeitungsunternehmens übertragen ist.

Zur Illustration dieser Arbeit seien nachstehend einige Daten angeführt. Im Januar d. J. wurde die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ gegründet, die am 1. März in den Besitz des gesamten Unternehmens trat. Durch die Form einer eingetragenen Genossenschaft sind die Berliner Genossen vor dem Mißbrauch des Unternehmens geschützt, und ihr Mitbestimmungsrecht nach jeder Richtung hin gewahrt. Am 15. April wurde eine Verlagsabteilung und eine Buchhandlung eröffnet und mit der Herausgabe eigener Schriften begonnen. Bisher sind bereits 23 verschiedene Schriften in einer Gesamtauflage von 541 000 Exemplaren erschienen. Am 1. Mai erschien die erste Nummer der „Freien Welt“, die von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ als illustrierte Wochenschrift der U. S. B. herausgegeben wird. Am 1. Juli wurde mit der Herausgabe der „Freien Jugend“, des Organs der unabhängigen Jugendbewegung begonnen, das allerdings nach der vierten Nummer durch Notzettel verboten wurde. Seit dem 1. Oktober erscheint die „Sozialistische Gemeinde“, die kommunalpolitische Monatschrift der U. S. B.

Neben all diesen Unternehmungen, die dem Zeitungsbetrieb der „Freiheit“ angegliedert sind, ging der ständige Ausbau des gesamten technischen und geschäftlichen Apparates. Zur Zeit unterhält die „Freiheit“ 96 eigene Filialen in Berlin und den Vororten. Die Vorbereitungen für die Einrichtung einer eigenen Druckerei sind fast vollendet und in Kürze dürfte wohl die Berliner Arbeiterschaft ihr Organ in einem eigenen Heim begrüßen, das, wie geplant wird, sämtliche Institutionen der U. S. B. von Groß-Berlin mit einschließen soll.



Das rapide Wachstum unseres ganzen Unternehmens illustriert wohl am deutlichsten das Wachstum unserer Parteibewegung in Groß-Berlin, denn ohne die tätige Mitwirkung der Genossen, ohne ihre unermüdete Agitationsarbeit, ohne ihren festen Zusammenhalt wäre ein solcher Aufschwung der „Freiheit“, eine solche Verankerung des Blattes in den Kreisen der revolutionären Arbeiterchaft nie möglich gewesen. Andererseits hat es die „Freiheit“ immer für ihre oberste Pflicht gehalten, das Sprachrohr des Klassenbewußtseins der Arbeiterchaft zu sein, seinen Wünschen und Bestrebungen Ausdruck zu verleihen und führend voranzugehen in den Kämpfen, die die Berliner Arbeiterchaft in diesen Tagen zu führen hatte.

Manch harten Strauß hatten wir in diesem Jahre auszufechten und ehrenvoll sind die Narben die wir in dem fortgesetzten Kampf gegen alle Gewalten der bürgerlichen Welt davongetragen haben. Als Organ der bürgerlichen Arbeiterpartei Berlins, das zugleich als Hauptorgan der U. S. V. angesehen und bekämpft wurde, hatte die „Freiheit“ von den ersten Wochen ihres Bestehens an die ganze Meute der bürgerlichen und rechtsliberalen Presse gegen sich, die es an keiner Verächtlichkeit, keiner Verleumdung fehlen ließ, um die Öffentlichkeit gegen uns mobil zu machen. Es gab wohl kaum eine Regierungsinstanz, die nicht verächtlich hätte, untern Kampf gegen die Korruption und Lüge der deutschen Politik durch verlogene Dementis abzuwürgen. In Hunderten wurden wir mit diesen Dementis überhäuft; zahllos waren die Versuche unserer politischen Gegner, die Ehrlichkeit und Lauterkeit unseres Kampfes gegen die skandalaft wachsende Konterrevolution zu verdächtigen; unablässig war ihr Bemühen, die Stimme der Kritik und der Kritik zu ersticken, die mahnend, wachend und anfeuernd aus unseren Spalten erscholl.

Die Bemühungen unserer Gegner und Feinde sind erfolglos geblieben. Fester als je haben wir da als Kampforgan des deutschen Proletariats, das, nächst dem „Kommunist“, das meistverbreitete sozialistische Organ der Welt ist und das sich nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande eine geachtete und geehrteste Stellung erworben hat. Wir haben da, gestützt auf die Sympathien der revolutionären Arbeiterchaft, fest im Bewußtsein unseres Rechts und der Nichtigkeit der von uns vertretenen Prinzipien, durchdrungen von dem einzigen Bunde, der Sache des revolutionären Proletariats auch weiterhin zu dienen mit der Waffe des Wortes und der klarstecklichten sozialistischen Erkenntnis, die das Proletariat durch alle Schwierigkeiten, durch alle Wirren der jetzigen Periode hindurchzuführen soll zum Sieg seiner Ideale, zur Verwirklichung des Sozialismus.

## Die Tüchtigkeit der Verlagsbuchhandlung „Freiheit“.

Einem dringenden Bedürfnis entsprechend, überdies die Verlagswesenstätigkeit „Freiheit“ ihrem Verlagsunternehmen am 16. April d. J. die Verlagsbuchhandlung (Verlag und Sortiment) an. Als erste Schrift erschien in einer Auflage von 150 000 Exemplaren „Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe“. Am 1. Mai kamen das Erscheinen der illustrierten Wochenchrift der U. S. V. D. „Die freie Welt“. Die erste Nummer wurde als Massenschrift herausgegeben, in einer Auflage von einer Viertelmillion. Nach einander erschienen dann: „Der Weg zum Sozialismus“ von Otto Bauer in 20 000 Exemplaren; „Richtlinien für ein Gemeindeprogramm“ v. Emanuel Baum in 20 000 Exemplaren; „U. S. V. D. und Gewerkschaften“ von Robert Dührmann in 20 000 Exemplaren; „Willst Du arm und unfrei bleiben?“ von Dase Fich in 20 000 Exemplaren; „Was ist Sozialisierung?“ von Karl Kautsky in 20 000 Exemplaren. Die Stellungnahme der unabhängigen Sozialdemokratie zur Friedensfrage behandelte die Schrift „Annahmen oder ablehnen?“ mit Beiträgen von Karl Kautsky, Geo. Erckert, Carl, Karl, Paul, A. Stein, Robert Hüfner, und Hugo Haase, die in einer Auflage von 50 000 Exemplaren veröffentlicht wurden. „Deutschland nach dem Frieden“, Wirtschaftliches zu den Verfassungsveränderungen von G. Engelbert Graf erschien in 15 000 Exemplaren; „Bedenk- und Vor den Geschworenen“, seine Verteidigungsrede — eine Vorlesung gegen die Regierung Ebert-Schödemann in 50 000 Exemplaren; „Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen“ v. Dr. Curt Rehm-Wolff in 5 000 Exemplaren; „Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten“ von Arthur Epstein in 30 000 Exemplaren; „Der militärisch-politische Zusammenbruch und die Novemberrevolution.“ Beobachtungen und Betrachtungen eines ehemaligen Feldwebels in 10 000 Exemplaren; „Der moralische Zusammenbruch der U. S. V. D.“ in 10 000 Exemplaren; „Die Münchener Tragödie“ Entstehung, Verlauf und Lehren der Münchener Morden in 30 000 Exemplaren; „Die Kriegskolonnen der Rechtssozialisten“ von Heinrich Ströbel in 5 000 Exemplaren; „Proletariat der Revolution“ vorträge der U. S. V. D., abgehalten vom 2. bis 6. März in Berlin in 5 000 Exemplaren; „Oaases Antikarriere in der Nationalversammlung in Weimar“ am Sonnabend, den 20. Juli 1919 in 10 000 Exemplaren; „Arbeits Jugend“, Innenleben und Erwerbensein in der proletarischen Jugendbewegung von G. Engelbert Graf in 5 000 Exemplaren. Für das Jahr 1920 gab unsere Buchhandlung einen Taschenkalender der U. S. V. D. heraus, der früher in einer Auflage von 20 000 Exemplaren hergestellt wurde. Die Schrift von Eickhorn „Über die Januarereignisse“ dieses Jahres erschien in 10 000 Exemplaren. Zum Jahresende der Revolution (10. November 1919) erschien als Sonderausgabe der „Arbeiter Welt“ unter dem Titel „März 1919“ eine politische-sozialistische Festschrift in einer Auflage von 100 000 Exemplaren; gleichzeitig mit dieser Schrift eine Sonderausgabe unter dem Titel „Die deutsche Arbeiterrevolution in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Über die Frage der Internationalen erschienen drei Schriften: Arthur Epstein, „Die Internationale“, vom Bund der Kommunisten bis zur Internationalen der Weltrevolution; Alexander Stein, „Das Problem der Internationalen“ mit Anhang Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationalen; Walter Stöcker, „Die proletarische Internationale“, Artikel auf der Reichskonferenz der U. S. V. am 10. September 1919, in Auflagen von je 2 000 Exemplaren. Für die Jugendlichen erschien unter der Redaktion von Georg Engelbert Graf: „Die freie

Jugend“, die bei ihrer 4. Nummer der Moskajensur zum Opfer fiel. Seit dem 1. Oktober erscheint für alle in den Gemeindefürsorglichen Genossen die kommunalpolitische Zeitschrift „Die sozialistische Gemeinde“ bis Ende d. J. 1919 monatlich, ab 1. Januar 1920 vierzehntägig.

Ende November wird erscheinen der vollständige Prozeß Ledebur in einem 816 Seiten starken Bande, geb. zum Preise von 25 Mark. Anfang Dezember „Der Nord an Licht und Luft“ und „Luzernburg“ mit Bildern der Nordsee und Porträts der Ermordeten. Vorbereitet ist ferner eine Serie von sozialistischen Neudrucken, in der die wichtigsten Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus neu herausgegeben werden sollen.

Neben dem Verlag führt die Abteilung Buchhandel ein reichhaltiges Sortiment von Büchern und Schriften jeder Art und unterhält heute in Groß-Berlin über 100 Filialen mit Buchläden. Die Parteibuchhandlungen im Reich, ebenso die Organisationen der U. S. V. D. decken ihren Bedarf an Büchern und Schriften durch unsere Buchhandlung, die somit als Zentraleinkaufsstelle für die sozialistische und sonstige Literatur gelten kann.

## Das Radauktid am Reichstag.

Die gestrige deutschnational-antidemokratische Demonstration vor dem Reichstagsgebäude wird von der rechtsstehenden Presse mit Säulen der Freude begrüßt, wogegen der „Vorwärts“ seiner Trauer darüber Ausdruck gibt, daß unter den Augen eines rechtssozialistischen Reichspräsidenten, eines rechtssozialistischen Reichsfinanzministers, eines rechtssozialistischen Reichswehrministers, unter den Augen tausender anderer Würdenträger seiner Partei sich derartige Dinge ereignen können. Inzwischen verläßt die Regierung, die Hindenburg-Rundgebung als eine recht harmlose Veranstaltung anzusehen. Sie läßt offiziell mitteilen, daß Hindenburg gar nicht am Betreten des Reichstags verhindert worden ist. Demgegenüber stellt eine bürgerliche Korrespondenz, die diese Vorgänge ausführlich dargestellt hat, fest, daß der Generalfeldmarschall, als kein Auto angehalten wurde, selbst gefloht habe, er müsse zum Reichstag. Die studentischen Radfahrer haben ihn an der Verwirklichung dieser Absicht gehindert.

Doch sei dem, wie ihm wolle. Es steht fest, daß deutsch-nationale und Antidemokraten ungestört Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel abhalten, daß sie auferbräunliche Szenen ausführen, daß sie Revolution, Verfassung und Regierung mit den wirksamsten Bekämpfungen belagern können, ohne daß sich eine Macht findet, die ihnen ernstlich entgegenzutreten wagt. Das Radauktid vom Freitag war sonntäglich vorbereitet und die Regiererei hatten sich gar keine Mühe gegeben, es zu verhindern. Radfahrer-Banden waren in großer Zahl da, sie haben stillschweigend geduldet, daß die deutschnationalen vor dem Reichstag und im Tiergarten herumspazierten. Daß die offiziöse Mitteilung, das Oberkommando werde künftig derartige Demonstrationen und Einzüge verhindern, irgendwelchen Eindruck machen wird, davon glaubt kein Mensch.

Das nationalsozialistische Spektakelstück vom Freitag ist eine unsere Zustände kennzeichnendes Gegenstück zu den Drangalierungen, mit denen die Arbeiterchaft verfolgt wird. Man erinnere sich, daß noch vor wenigen Tagen zahllose Versammlungen der streikenden Metallarbeiter von Radfahrerbanden aufeinandergeknallt oder von vornherein verhindert worden sind. Zahllose Verhaftungen wurden vorgenommen, noch heute sitzen in den Gefängnissen Arbeiter, die nichts anderes getan haben, als die Rechte ihrer Klassenossen gegenüber dem Kapital wahrzunehmen. Auf Grund des versäufungs- und gekehrdrigen Belagerungszustandes wird den Arbeitern jede Versammlung unter freiem Himmel unmöglich gemacht, an Straßenkundgebungen sollen sie überhaupt nicht denken dürfen, wenn sie eine politische Versammlung einberufen wollen, dann müssen sie sich erst vorher die gnädige Erlaubnis dazu einholen. Ganz zu schweigen von den Kommunisten, die wie Fremdwort geachtet werden. Das sind die Zustände im freien, im demokratischen Deutschland.

Vor der Villa in der Stralitzer Straße im Tiergartenviertel, die trotz Wohnungsnot Herrn Hindenburg für seinen persönlichen Aufenthalt zur Verfügung gestellt wurde, stehen zwei Posten. Wenn eine Offiziersuniform erscheint, so wird das Gewehr heruntergerissen und ein stromer Präsentiergriff gemacht. Ganz so wie im alten Deutschland! Der Militarismus ist wieder da, er lebt trotz Zusammenbruchs, trotz Revolution, trotz Friedensverträgen so kräftig wie nur je zuvor. Und daneben erhebt der nationalsozialistisch dekorierte Antidemokratismus immer frecher sein Haupt. Alle Mächte der Unterwelt drängen wieder nach oben. Die Ebert-Bauer-Coske aber glauben, daß sie noch das Best in Gärten hätten!

### Eine neue nationalsozialistische Kundgebung.

Noch der gestrige Abend brachte eine zweite antidemokratische deutsch-nationale Demonstration. Die Liga für Völkereid hatte nach dem Oberkassal der Philharmonie zu einem Vortrag „Nation und Völkereid“ eingeladen. Als Redner waren Reichsminister Erzberger und Professor Goch (Lippig) angesetzt. Die Deutschnationalen hatten bereits 1600 Plätze der Versammlung ausgefüllt und die ganze Versammlung mit gelächelten Radfahrern besetzt. Vor den Toren der Philharmonie war eine deutsch-nationale Prozession. Erzberger, der Reichsverderber“ unzulänglich verteilt, für die Deutschnationalen bisher noch keinen freiwilligen Käufer gefunden haben. Man rechnete mit dieser Prozession auch nicht die Besucher der gleichzeitigen in der Philharmonie stattfindenden Konzerte. Erzberger, der offenbar von den Vorbereitungen für das Spektakel erfahren hatte, war nicht erschienen, und als Professor Goch das Wort zu ergreifen versuchte, wurde er durch andauerndes Pfeifen, durch Gebrüll und Geschle am Redner verhindert. Eine wohlorganisierte Reihe von deutschnationalen Schwärmen stand auf und sagte ihm: Versieh dich. Von dem alten Janusverließ, um das zusammengebrochene Deutsche Reich bis zum „verkommenen“ Paris in Antwerpen. Das Publikum bestand aus Offizieren der Reichswehr in Uniform und in Zivil, aus kommandierten Reichswehrsoldaten in Uniform, aus 14 bis 16-jährigen Schuljungen. Sie waren im Besitz von Tribünen und ähnlichen Instrumenten. So daß die Organisation dieser Demonstration selbst für den nächsten nicht mahnbar war. Als ein jüdisch-verkommener Schwärmer das Wort ergreifen wollte, erdämpfte das bekannte Geschle: Juden raus! Man ließ ihn nicht zu Worte kommen. Eigenartig

erzählten nun zwei Soldaten der Sicherheitswehr, die den Mann vom Podium herunterführten. Die Höhe auf das vergangene Kaiserreich, auf Hindenburg und die Heldentat in Ambergon un'erbracht darunter die Versammlung. Als jemand magte, ein Hoch auf die Republik auszubringen, ward er unter Wahrung der Versammlungs- und Arbeitlichkeit schleunigt an die Luft befördert.

Nach Schluß der Versammlung formierte sich mit Hilfe von Ordnungswächtern von Reichswehrsoldaten in Zivil und Uniform ein Demonstrationenzug. In Gliedern zu Bieren marschierte man unter Abhängen der Kaiserhymne und der üblichen deutschnationalen Gesänge über den Potsdamer Platz nach der Reichstanzlei. Die Sicherheitswehr machte einen schätternen Versuch, den Demonstrationenzug aufzulösen. Nach wenigen Minuten setzte er aber seinen Weg ungehindert fort, die aufgezogenen Bajonette wurden wieder eingesteckt. Es handelte sich ja nicht um Arbeiter, sondern um „Deutschnationalen“. Ein Auto, schwer beladen mit Sicherheitswehr und Maschinengewehren, das schließlic hinbeordert war, fuhr an dem Zuge vorbei, der Offizier lehnte dessen Auflösung ab. Auf mehrfachen Verlangen der Umstehenden, die unter Berufung auf den Belagerungszustand die Auflösung der Demonstration verlangten, antwortete er mit Achselzucken. Erst vor der Reichstanzlei war die Straße mit Drahtberbau versperrt, und die tapferen Demonstranten hoben beim Ulfen der Bajonette freischend und heulend auseinander.

Der am rauspawierte Demonstrationenzug fand sich erst am Reichsfinanzministerium wieder zusammen und hier verabschiedete man von neuem auf Hauskasseln ein offenes gut eingebühtes Konzert. Waid mit Soldaten der Sicherheitswehr luden dazwischen spazieren und die Mannschaften sahen lächelnd dem Treiben zu. Die Deutschnationalen hatten einen neuen großen Demonstrationstrog in den Straßen Berlins erummen, sie pfiffen auf Hauskasseln, auf Herrn Kosles Demonstrationverbot, auf die Republik und auf deren Regierung.

## Die wahren Revolutionäre.

Die rechtssozialistische Presse feiert jetzt in Jubelstößen die Revolution und zumal ihr erstes Signal, den Kaiser Rotrosen auszuhaun. Vor einem Jahre los man es aber ganz anders. So mußte das weimarische Organ in Jena auf die erste Nachricht von den Kaiser Vorgängen am 6. November nichts weiter zu schreiben, als folgendes:

„Wir zweifeln nicht daran, daß die bolschewistische Taktikhäuser, die an einigen Ecken Deutschlands herumspukt, ein rasches Ende finde, wenn sie gezwungen wäre, vor dem Lichte der freien Kritik zu stehen, statt mit Verdrehung der Wahrheit durch das Land zu streifen.“

Auf einen ähnlichen Ton waren damals Betrachtungen der meisten rechtssozialistischen Blätter über die Vorgänge in Kiel gestimmt. Sie zeigten deutlich, daß den Rechtssozialisten sich die Haare sträubten bei dem Gedanken, das deutsche Volk könne seinen alten Nachhaken zum Teufel jagen. Am 9. November 1918 freilich nahen sie dafür um so trefflicher die Situation, schwaugen sich in die Rüsterei und predigen genau wie früher von der aus dem Volke Ruhe und Ordnung.

## Die Gemeinderatswahlen in London.

Der große Erfolg, den die englische Arbeiterpartei bei den Gemeinderatswahlen in London erlangte, hat, kann als ein gutes Vorzeichen für die allgemeinen politischen Neuwahlen gewertet werden. Die Gemeinderäte sind allerdings nur untergeordnete Körperschaften und können nichts gegen einen reaktionären Grasschiffkat ausdrücken, aber jedes Eindringen von Arbeitervertretern in Stellen, die bis dahin von der Bourgeoisie besetzt waren, bedeutet eine Schwächung der Reaktion und gibt vor allem der Arbeiterbewegung neue Nahrung für ihren Kampf.

Einen Punkt hatten alle drei Parteien, Konservativen, Liberalen und Arbeiterpartei gemeinsam im Programm: die Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens. Die Arbeiterpartei verlangte weiter Besteuerung des Grundbesitzes und scharfes Vorgehen gegen den Wucherhandel. Der Arbeiterpartei aber genügt das nicht. Sie stellte in den Vordergrund ihres Wahlprogramms die Ausdehnung der Gemeindefunktionen auf Artikel wie Brot, Fleisch, Milch und Steinkohle, und da der Londoner Grasschiffkat sich der Produktion von Gemüse, Fleisch, Käse, Eiern an die Gemeinden zum Kleinverkauf. Weiter forderte sie die Entzerrung und Verbilligung des gesamten Personen-Transportwesens, d. h. der Motoromnibusse, der Untergrundbahnen und evtl. auch der Taximeter, sowie kommunale Theater, Konzerte und Kinos.

Die Konservativen traten mit aller Schärfe gerade gegen die kommunalisierungspläne der Arbeiterpartei auf. Sie behaupteten, dadurch würde das Leben verteuert! Welchen Erfolg sie mit diesem Vorhaben hatten, beweisen die Wahlergebnisse. Sie verlor mehr als 400 Sitze. Da sie bisher mit 1013 Sitzen gegenüber 319 der übrigen Parteien die absolute Mehrheit besaßen, bedeutet der Ausfall der Wahlen für sie einen ungeheuren Verlust. Die Arbeiterpartei hat 565 Sitze erkosten gegen bisher 32, die Liberalen 145, zwei kleine Gruppen 19.

In Manchester hatte die Arbeiterpartei bereits die Mehrheit in den Stadträten. Auch hier ist ein weiteres Zurückgehen der konservativen Stimmen zu verzeichnen. Sie fielen von 32 auf 16 Sitze.

## Weitere Belagerungszustände zum Tode des Genossen Haase.

Die britische Arbeiterbewegung auf's tieffte das so frühe tragische Ende Hugo Haases, dessen mutiger und kraftvoller Charakter ihm solch großen Einfluß in beiden sozialdemokratischen Bewegungen Deutschlands und in der ganzen internationalen Bewegung gab. Wir hoffen, daß die deutschen Genossen über die Umstände ihrer getrennten Straße wieder vereinen werden für die Erneuerung der Arbeiterklasse, für den Kampf gegen die europäische Reaktion und für die Kräftigung der Internationalen.

Thomas und Bramley, Präsident und geschäftsführender Sekretär des parlamentarischen Komitees Trade Union Congress, G. H. Wilson und Henderson, Präsident und Sekretär des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei.

Sie sind tieferschüttert durch den Tod des Genossen Haase, des Vorläufers des internationalen Proletariats.

London, den 10. November 1919.

Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erlaube ich mir im Namen der Georgischen Sozial-Federalistischen Partei mein herzlichstes Beileid auszusprechen zum



Tode ihres Führers, des sozialistischen Tribuns Herrn Hugo Haase, der dem Adelertum sein Leben gewidmet und für die Befreiung Georgiens und dessen Anerkennung im Reichstage des deutschen Volkes seine Stimme erhoben hat.

Michael Buchholzschwilli.

## Krach.

Von Rud. Breßfeld.

Wir sagten letzthin, die Dinge schienen im Untersuchungs-ausschuss der Nationalversammlung einem Konflikt zuzutreiben, aber bei der Zusammenziehung und der inneren Struktur des Gerichtshofes fehlten die Voraussetzungen für den Ausbruch des Konflikts. Die Mitglieder der ehemaligen Regierung würden immer aggressiver, aber der Ausschuss besäße nicht die Kraft, den ihm hingeworfenen Hochbändel aufzunehmen. Wir müssen gestehen, daß wir uns geirrt haben: wir haben Herrn Helfferich unterschätzt. Seine Arroganz hat das Unwahrscheinliche zur Tatsache werden lassen, und es ist in der gestrigen Sitzung gleich zu einer Reihe von Zusammenstößen gekommen.

Dem ehemaligen Vizekanzler gebührt unser herzlichster Dank, denn sein Auftreten hat wesentlich dazu beigetragen, die dumpfe Luft einigermaßen zu reinigen und die Situation zu klären. Es ist jetzt über jeden Zweifel erhaben, daß sich die Vertreter des kaiserlichen Deutschland nach wie vor als die Herren fühlen, und daß sie die vom Parlament eingesetzte Untersuchungskommission verachten, in einem Maße verachten, daß sich selbst diese schwächliche Körperlichkeit zur Wahrung ihrer Rechte veranlaßt sieht. Sie fühlen sich nicht als die Schuldigen, die für das Elend des deutschen Volkes die letzte Verantwortung tragen, sondern sie spielen die Ankläger und wagen es, durch den Mund des Herrn Helfferich den Parteien der Linken und der Mitte den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, daß sie es gewagt seien, die durch schwächliches Zurückweichen vor dem Feinde Deutschland vertreten und ihm den Sieg entzissen hätten. Diese Note, die von Herrn von Bethmann nur vorsichtig und leise angeklungen wurde, beherrschte die Reden des Herrn Helfferich. Man hat von Tag zu Tag mehr Mut bekommen, und unter dem Eindruck der nationalpolitischen Strahlenundbarung für Hindenburg glaubt man vollends, seinen Gefühlen freien Lauf lassen zu können.

Daß es so kommen mußte, lag auf der Hand. Wenn die Herren Reagen nicht genötigt werden, auf präzise Fragen präzise Antworten zu erteilen, und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, politische Reden zum Fenster hinaus zu halten, so ist es natürlich, daß sie es sich angelegen sein lassen, sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und die Gegenseite ins Unrecht zu setzen. Sie kritisieren, statt Tatsachen festzustellen. Sie geben ihre persönlichen Auffassungen zum Besten, statt der Erforschung der objektiven Wahrheit zu dienen.

War die Methode schon äußerst bedenklich, so lange sich die Verhörten noch im großen und ganzen an den eigentlichen Verhandlungsgegenstand hielten, so mußten ihre Folgen unerbittlich werden, wenn auch diese Grenzen nicht mehr beachtet wurden, und die Reagen einfach politisch zu deklarieren begannen. Das aber tat Herr Helfferich. Deutlich genug war ihm anzumerken, wie er von Anfang an die Absicht verfolgte, denen, die er für Blamader hält, die Wahrheit zu sagen und den Zeugenstand zu einer Plattform zu machen, von der aus er mit seinen politischen Gegnern abrechnen konnte. Nicht die Erregung des Moments gab ihm solche Worte ein. Alles war schriftlich fixiert, und die politische Seite war sozusagen vor dem Spiegel eingeleert. Mit vollem Vorbedacht zieh er die Einbringer der Friedensresolution vom Juli 1917 des Vaterlandvereins, provozierte er den Minister Dr. David und erging er sich in ausfallenden Wendungen über die „Selbsterniedrigung“ des deutschen Volkes.

Der deutsch-nationale Vorsitzende des Ausschusses würde auch das ungerührt gelassen haben, wenn nicht einzelne Mitglieder der Kommission rüchlich geworden wären und ihn zu einer Vermahnung genötigt hätten, deren Milde freilich in keinem Verhältnis zu der Schärfe der Helfferichschen Ausführungen stand. Den Zeugen grundtätlich in seine Schranken zu verweisen, konnte er sich überhaupt nicht entschließen, und es nützte nichts, daß Oscar Cohn auf die Ungebürlichkeit hinwies, mit der Herr Helfferich sich vollständig außerhalb des Rahmens des Beweisthemas bewegte. Herr Warmuth ist Fleisch vom Fleische des ehemaligen Staatssekretärs. Ihm und den patriotischen Bewundern des Subderrtraums tut es von Herzen wohl, wenn solche Töne angeschlagen werden.

Zum eigentlichen Konflikt kam es erst, als der Minister David mit an sich anerkennenswerthem Nachdruck den Angriffen Helfferichs entgegentrat. Seine Erregung ist zu verstehen. Doppelt zu verstehen, wenn man die Verzagenheit des Herrn David und seiner Partei bedenkt. Er und seine Freunde haben in den Kriegsjahren die Politik unterstützt, deren Niederracht jetzt offenbar wird. Er hat das Gefühl, jetzt mit um so größerer Energie von ihr abzurücken zu müssen, und er setzt deshalb auf einen Schelmen andertthalben.

Daß er die Rechtssozialisten damit nicht reiten und reinwaschen kann ist selbstverständlich. Sie sind und bleiben die Mitschuldigen. Aber was er über die bewußte Freiführung des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertretung und über die Allokation der damaligen Regierung sagt, trifft den Nagel auf den Kopf, auch wenn es aus tatsächlichen Gründen richtiger gewesen wäre, mit der Abgabe dieses Urteils vorerst noch zu warten, dann formell hat die Clique von Bethmann bis Zimmermann nun ein gewisses Recht zur Enttäuschung. Bethmann, der wieder als Reichskanzler vor dem Parlament zu stehen glaubt, weiß voran die Behauptungen Davids zurück, und dieselben Leute, die eben erst als Reagen Verurteilung ausgesprochen haben, empören sich fürchterlich über die Kritik vom Regierungstisch. Und nicht nur das: Sie verlangen in vollständiger Verkennung der ihnen zugewiesenen Rolle, daß der Ausschuss gegen David Stellung nimmt und sie davor schützt, daß ihnen die Wahrheit gesagt wird. Der Ausschuss fällt einen salomonischen Entscheid, der einseitigen den ruhigen Fortgang der Verhandlung ermöglicht, aber es mußte mit sonderbaren Dingen ausgeben, wenn ähnliche Szenen nicht wiederkehren würden. Der Kampf ist den Herren um Bethmann gar zu sehr geschwollen.

Dann werden völkerrrechtliche Fragen besprochen. Einige Anmerkungen Helfferichs über amerikanische Neutralitätsverletzungen werden von Schäding richtig gestellt, aber wieder muß man sich fragen, ob denn alle diese Erörterungen der Aufklärung der zur Debatte stehenden Frage dienen.

Unterstellen wir doch ruhig als wahr, daß sich die Vereinigten Staaten Deutschland gegenüber nicht übertrieben freundlich verhalten haben, aber halten wir an der Tatsache fest, daß nichtdeutscher in Jahre 1916 die deutsche Regierung sich angelegentlich um einen Friedensschritt Wilsons bemüht hat. Sie hat darauf diesen Friedensschritt durch eine eigene Aktion aufs Äußerste erwirkt. In all den langen Reden Bethmanns und Helfferichs ist bisher kein triftiger und stichhaltiger Grund für diese Durchsetzung der Wilsonschen Anstrengungen zu gefördert worden, und ebensowenig ist der Beweis erbracht, daß Wilsons Absichten nicht ehrlich waren. Die Frage bleibt immer noch offen, warum Deutschland die Wilsonschen Anregungen sich nicht hat anerkennen lassen, warum es keine Friedensbedingungen nicht bekanntgemacht hat, warum es, als der amerikanische Präsident noch an seine Friedfertigkeit glaubte, den verhängnisvollen U-Bootkrieg beschloß.

Die Frage bleibt offen für den, der sich an die Aussagen Bethmanns, Zimmermanns und Helfferichs hält. Für den, der sich dem Zusammenhang der Dinge vergegenwärtigt und dazu das leider in den Verhandlungen nicht genügend beachtete famose Telegramm des Kanzlers an den Freiherrn von Grünau und die Worte Ludendorffs an Bernstorff in Rechnung stellt, ist sie beantwortet.

Ebensowenig haben uns die ehemaligen Minister bisher klar beschieden, was sie aus Gegnern zu Freunden des U-Bootkrieges gemacht hat. Es sei denn, daß das Wort Helfferichs als solcher Weisheit gelten soll: „Uns blieb nur die Wahl, und schließlich zu unterwerfen oder das Rechte zu wagen; ein ehrlöcher Friede oder ruhmvoller Untergang.“ Das aber ist doch ein Bekenntnis zu dem Babonquepiel, das getrieben zu haben, die Herren sonst so entrüßelt ablehnen.

Nach unserer Meinung wird auch die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs nichts bringen, was die Kenntnis von den Zusammenhängen fördern könnte. Den, der sehen will, ist alles schon sehr offenkundig. Die Reden der Redner, die nun genug sind, alle früheren Meinungsverschiedenheiten zu vergessen, um jetzt in geschlossener Phalanx das alte System zu verteidigen, verdunkeln den Tatbestand mehr als sie ihn erhellten. Wert besitzen sie nur insofern, als sie uns einen Einblick in die Psychologie der leitenden Männer des Krieges eröffnen, und als sie uns zeigen, was heute ist.

In Tetschen ist große Lebensmittelnot. Nachdem mehrere Demonstrationen der Erwachsenen keine Hilfe erreicht hatten, zogen die Tetschener Schulkinder mit Tafeln, welche die Aufschrift „Wir haben Hunger!“ trugen, vor die Bezirkshauptmannschaft. Auf dem Wege dahin schloßen sich die Eltern an. Von den Bäckern und Zuckerbäckergeschäften wurden vielfach die wenigen vorhandenen Vorräte freiwillig ausgelegt.

Die Streikbewegung in der Tschecho-Slowakei scheint täglich größeren Umfang anzunehmen. Die Verhandlungen im Streik der Beamten der Metallindustrie, die heute ihren Anfang genommen haben, führen zu keinem befriedigenden Ergebnis. Inmitten ist für den 30. November ein Streik aller tschechoslowakischen Gewerbetreibenden und der gesamten Kaufmannschaft in Aussicht genommen. Außerdem droht auch ein Streik der Eisenbahnen.

## Gewerkschaftliches.

### Der Reichstaxi der Versicherungsangestellten.

In einer gut besuchten Versammlung der im Zentralverband organisierten Versicherungsangestellten wurde am Donnerstag nachmittag von Dr. Vollbrecht der Entwurf des Reichstaxi vorgetragen, wie er durch die in Regensburg tagende Reichstaxikommission zustande kam. Er entspricht so ziemlich dem Vorschlag der Berliner Kommission und nimmt auch die in angestellten der Provinzialgeneralagenturen in sich auf. Die Entlohnung setzt sich zusammen aus Grundgehalt, Dienstalt., resp. Funktionszulage, Feuerungs- und Rinderzulage. Zugrunde liegt eine Einteilung in 4 Klassen, und zwar: steigt das Grundgehalt vom 18.—25. Lebensjahr in Klasse IV von 3720—4950 M., in III von 3000—5160 M.; vom 21.—25. Lebensjahr in Klasse II von 4020—5340 M., in I von 4800—6320 M. Die Dienstalt.zulage steigt jährlich um 150 M., und zwar 10 Jahre lang in den beiden letzten, und 15 Jahre lang in den beiden ersten Klassen. Die Dienstalt.zulage zählt vom vollendeten 17. Jahre an.

An Feuerungszulagen sollen gewährt werden vom 17.—20. Jahr 60 M., vom 20.—24. Jahr 120 M., und über 24 Jahre 150 M. monatlich. Die Zulage für jedes unterhaltspflichtige Kind beträgt 50 M. pro Monat.

Als Werkschaftsbeiträge wird gefordert: 1500 M. für Feuerarbeiter, 1200 M. für Lehrlinge über 18 Jahre, 900 M. unter 18 Jahren, 400 M. für Lehrlinge und 200 M. für jedes unterhaltspflichtige Kind. Als Urlaubsgeld wird vorgeschlagen im 15. Lebensjahr 2 mal 18 Tage im Jahr, im 16. Jahr 2 mal 12 Tage, im 17. Jahr 1 mal 18 Tage, nach dem 17. Jahr 14 Tage, die sich dann wieder jährlich um einen Tag erhöhen bis 24 Tage Ostfester.

Auch die Zahl der auszubildenden Jugendlichen soll in jedem Betrieb beschränkt sein. Insgesamt dürfen nur 10 Proz. Angestellte unter 20 Jahren beschäftigt sein.

Besonderen Wert legte die Konferenz auf die Rechte der Betriebsräte, die zu allen Einstellungen, Entlassungen usw. vorher ihre Einwilligung geben müssen. Die Konferenz setzt sich entschlossen, zur Erreichung dieses Ziels alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden. Ueberhaupt wird nach der Meinung des Referenten die Durchsetzung dieses Entwurfs noch einen schweren Kampf kosten. Aber die Angestellten bilden jetzt eine ziemlich geschlossene Front, um so mehr, als die Einzelorganisationen mit Einschluß der gewerblichen und Transportarbeiter im Werden begriffen sind. Im großen und ganzen erklärten sich die Diskussionsredner mit dem Entwurf einverstanden, nur die Abstufung ließ auf eine scharfe Kritik.

### Noch kein Tarif für die Warenhausarbeiter.

Die schon seit August dauernden Verhandlungen über einen Tarifvertrag für die gewerblichen Buchhändler und -arbeiterinnen in den Kauf- und Warenhäusern haben immer noch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Auch der Schlichterspruch vom 12. November setzt keine bestimmten Löhne fest und verweist wieder auf die bereits bestehenden Tarife der einzelnen Fachgruppen, damit

die Schlichter nicht natürlich nicht behoben, denn sie besteht ja gerade darin, daß die Anwendung der Tarife auf die Warenhausarbeiter, wie sie die Unternehmer vorschreiben, sehr zu Ungunsten der Arbeiter ausfällt.

Dieser Schlichterspruch wurde daher nicht mit Unrecht in der am 11. noch tagenden Vollversammlung der gewerblichen Warenhausarbeiter vom Vorsitzenden Müller als „ein salomonischer Weisheit bezeichnet. Erhöht war die Entscheidung und Inzidentheit der Versammlung über den äußerst schleppenden Gang der Verhandlungen. Auch die Ausführungen der Vertreter der 16 Organisationen, die sich solange vergeblich um das Zustandekommen eines Tarifvertrages bemüht haben, fanden keinen großen Beifall und wurden oft durch recht zynische Bemerkungen unterbrochen. Den Unternehmern, die von den anderen Arbeitgeberverbänden direkt verhandelt werden, einen besonderen Tarifvertrag für die Warenhäuser abzuschließen, kommt es nach dem Ausspruch des Herrn Grünfeld nur darauf an, über die momentane schwebende Lage der Buchhändler hinwegzukommen. In solcher Weise haben sie bisher auch für die Reichslisten und Dräger ein außerordentliches Entgeltkommen erzielt, indem sie deren Wochenlöhne auf 150, 135 bzw. 120 Mark erhöht haben. Der amtierende Vertreter der Reichslisten und Dräger erklärte jedoch, daß sich hierin die Unternehmer gewollig machen werden. Die Stimmung der Versammlung war so, daß, wenn die Arbeiter in den nächsten Tagen kein Entgeltkommen sehen, mit einer Streiklegung der Warenhäuser zu rechnen ist. Einmütig wurde der Antrag beschloßen: Die Organisationsleiter haben einzeln bis Ende der Woche mit den Arbeitgebern über die Höhe der Löhne zu verhandeln und dieselben festzusetzen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, in denen speziell die genaue Lohnhöhe aller einzelnen Gruppen festgelegt werden sollen, ist am Montag abend in der Vollversammlung Bericht zu geben.

### Streik im Eisenhandel.

Wie ersehen alle Vertrauensleute, am Sonnabend, den 18. November 1919, von 2 Uhr nachmittags an, im Zentralfirenkofal zu erscheinen und die restliche Streikunterstützung für ihre Betriebe abzuholen.

Wir bitten, die Listen, die Verbandsbücher und Karten sowie die Streiklisten aufzufüllen und mitzubringen.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion L.

Transportarbeiter der Chemischen Industrie. Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstraße 72 (Ecke Alexanderstraße), große Versammlung. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des letzten Angebots der Arbeitgeber.

Oberam-Werke. Alle Transportarbeiter melden sich heute früh 7 Uhr im Postgebäude B zwecks Abstimmung und Aufnahme der Arbeit.

A. G. O., Hennigsdorf. Für Berlin einschließlich Tegel heute, Sonnabend, vormittags 10 Uhr, in den „Baronsbänken“, Müllerstraße 142, Betriebsversammlung. Die Auszahlung der Streikgelder wird dort bekanntgegeben. Für in Hennigsdorf und Umgebung wohnende Kollegen um 11 Uhr vormittags Versammlung bei Prof.

Siemens u. Halske, Maschinenwerk. Sonnabend früh 10 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung im Streiklokal bei Müller, Siemensstadt. Für Kollegen, die in Arbeit stehen, nach Schluß der Arbeit.

Oberam-Werke. Sonnabend 10 Uhr vormittags Betriebsversammlung bei Wanglitz, Treptow Park 27.

Deutsche Telegraphen-Gesellschaft, Oberamtsstraße. Betriebsversammlung sämtlicher, auch nichtbeschäftigter Kollegen Sonnabend um 4 Uhr bei Metzke, Siemensstr. 5. Wahl der Versammlungskommission.

Freig. Werner, Marienfelde. Alle Kollegen, arbeitende und nichtarbeitende, treffen sich Sonnabend vormittags 10 Uhr im Schwärzen Adler, Mariendorf.

Werk. Sonnabend 12 Uhr Betriebsversammlung Thorus-Säle, Müllerstraße. Funktionäre 10 Uhr im Lindenparken Besprechung. Auszahlung der Unterstützung nach der Versammlung.

G. Röhre, Wittenau. Sonnabend Betriebsversammlung nachmittags 2 Uhr Reinholdstraße bei Prof. Schornweber, Ecke Antonienstraße und Auszahlung der Streikgelder.

Gewerkschaften Eisenbaus. Na der heute nachmittags 4 1/2 Uhr zum Besten der streikenden Metallarbeiter stattfindenden Auszahlung des Revolutionsdramas „Die Weber“ sind noch Einzelarten bei allen Gewerkschaften und im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Rosenthalerstr. 7, zu haben.

Ausbremsen. Am Montag nachmittags 3 Uhr im Lokal von Bunge, Weiser, Ecke Neue Bahnhofstraße, Besprechung sämtlicher Funktionäre die in Arbeit stehen.

G. Lorenz, Tempelhof. Alle Kolleginnen und Kollegen müssen bis spätestens Montag die Arbeit aufnehmen, da sonst die Plätze besetzt werden müssen.

J. Weidlich, A.-G. Montag früh 10 Uhr Betriebsversammlung in den Sophien-Eisen.

Stemens-Schneider, Kleinbauwerk. Auszahlung der Streikunterstützung für alle Kollegen heute von 3—5 Uhr in folgenden Lokalen: Abteilung 18 und 17 bei Benz, Tegeler Weg 97, Abteilung 28 und 2 bei Rogatzki, Tegeler Weg 101, Abteilung 29, 30 und 20 und sämtliche Nachtraglisten bei Hartmann, Tegeler Weg Nr. 107, Abteilung 12, 45 und 46 bei Nordt, Tegeler Weg 5, Abteilung 24, 25, 58, 27, 41 und 60 bei Resopold, Tegeler Weg 100, Abteilung 4, 5, 9 und 32 bei Braun, Tegeler Weg 108, Abteilung 1, 11 und 13 bei Gleiche, Tegeler Weg 10, Abteilung 7, 14, 43 I und 55 bei Gaumer, Tegeler Weg 13.

E. Weinstock u. Co. Alle Funktionäre des Betriebes versammeln sich heute nachmittags 4 Uhr bei Arnswald, Charlottenburger Ufer.

SELBST IN DEN HÖCHSTEN KREISEN



LIEST MAN DIE

FREIE WELT.  
HEUTE NEU!

Bei jedem Zeitungshändler zu haben



**Theater und Vergnügungen.**

**Volkshöhne.** Theater am Hauptplatz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Preldigt in Lianen.**

**Opernhaus**  
ler Stier von Olivera  
Anfang 7 1/2 Uhr

**Schauspielhaus**  
Maria Stuart  
Anfang 6 1/2 Uhr

Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Jakobs Traum  
**Hammerspiele**  
7 1/2 Uhr: Die Bäckin der Pandora

Direktion: Max Reinhardt  
Kof. Bernauer  
Theater u. u.  
**Königsgrüner Straße**  
181: Schloß Wetterstein  
Sonntag nachm.: Erdgeist  
(Lulu: Maria Orska)  
Abds. Schloß Wetterstein  
Mg. Schloß Wetterstein  
Dienstag: Ein Traumspiel

**Komödienhaus**  
48 Uhr: Liselott von der Platz  
Sonntag nachm.: Die Ehre.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: **Bummel-Studenten**  
Stg. nachm.: Die tolle Komödie

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Herzowsky  
Sonntag und Sonntag 7 Uhr:  
Fehlpaß Julia. — Der grüne Kadu.  
(Tilla Doreux, Daggy Servass, Hanna Fischer, E. Klöpfer, C. Veidt)

**Deutsch-Künstl.-Theater**  
Allabendlich 7: Gyprienne  
(Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, Fricke, Walter)

**Residenz-Theater**  
Täglich 8 Uhr zum 307. Male:  
**Das höhere Leben**  
Von Hermann Sudermann  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Hänsel und Gretel.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise  
e. 384. Male: **Der gute Ruf.**

**Trianon-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Maskerade**  
Von Ludwig Feldt  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Aschenbrödel.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:  
**Der Lebensschüler.**

**Neues Operettenhaus**  
Direktor: Jean Kron  
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:  
Die Dame vom Circus  
16. 11. nachmitt. 3 Uhr 30 Min.  
Die keusche Susanne

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Nur noch bis 18. November  
**Großstadt-Pflanzen**  
Donnerst. 20. Nov., zum 1. Male  
**Schniepels Lehne**  
Stz. 3. U. Elisabethens Kiechblatt  
**Walhalla-Theater** Weidenbergswag  
7 1/2 Uhr:  
**Eine Frau wie Du**  
**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Rotkäppchen.  
7 1/2 Uhr: **Das Gesetz**

**Wintergarten.**  
täglich 7 1/2 Uhr  
**Varietévorstellung**  
Rauchen gestattet!

**Theater am Rotbuser Tor**  
7 1/2 Uhr u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
11 st. Mitgl. der  
Stettiner Sänge-  
rinn.  
Programm:  
Alltags-Kanzel.  
beg. 7 1/2 Uhr.  
Vor. 11-11/2-11/4-11/2

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Allabendlich  
7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
**Die Welt im Jahre 2000**  
Sonntags 3 1/2, jed. Erwachs.  
1 Kind frei.

**Königstadt-Theater**  
Alexanderstr. 21.  
Tägl. 7.30: Spezialitäten  
und Varieté-Burleske:  
„Doktor wider Willen.“

**Circus Busch**  
Täg. 7. Stz. 3 u. 7. U.  
**Albas Konfritsch**  
durch den Circusraum  
am d. 18. Novemb. Progr.  
9 Tragik. Pantomime  
10 „Aphrodite“  
Besonders hervorzuheben:  
Großer bunter Maskenzug  
Stg. 16. Nov. nachm. 3 1/2 u. 1. Mal:  
Märchenpantomime  
„Aschenbrödel“  
in 3 großen Akten.  
Tägl. 8 Uhr nachm. 3 1/2 u. 1. Mal:  
Märchenpantomime  
„Aschenbrödel“  
in 3 großen Akten.  
Tägl. 8 Uhr nachm. 3 1/2 u. 1. Mal:  
Märchenpantomime  
„Aschenbrödel“  
in 3 großen Akten.

**Achtung!**  
**Metallarbeiter der Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Achtung!**

**Am Sonntag, den 16. November, früh 10 Uhr**  
findet im Lokal Papeuhof (früher Bodbrauerei) Fidinstraße Nr. 3 eine

# Versammlung

aller Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltung Berlin, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, statt.

**Tagesordnung:**

1. Die Lehren des Metallarbeiterstreiks, Referent: Stadtverordneter und Gewerkschaftsangehöriger Genosse Friz Zimmermann.
2. Diskussion.

Die Bevollmächtigten sind hiermit besonders eingeladen.  
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen pünktlich zu erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsbuch und Funktionärkarte gilt als Ausweis. Ohne dieses keinen Zutritt.

**Der Einberufer.**

## Seelenmord an Gefangenen!

Zwölf Monate sind es, daß Frankreich seit Abschluß des Waffenstillstandes unsere Gefangenen zurückhält. Ein neuer Winter in der Gefangenschaft würde für Tausende von Menschen gleichbedeutend sein mit seelischem und körperlichem Zusammenbruch. Die einzige Rettung ist sofortige Heimkehr. Das ist unsere Forderung an Frankreich.

Wir wenden uns an alle, auch an die, die keine Angehörigen in der Gefangenschaft haben. Tretet neben die Gefangenen Angehörigen. Stützt sie in ihrer Not. Die Frage der Herausgabe der Gefangenen ist Sache des ganzen Volkes. Sie steht über dem Kampf der Parteien und Klassen. Beweist den Gefangenen, auch den in Sibirien, Turkestan und Uebersee, daß wir sie nicht vergessen haben, beweist ihnen, daß wir sie gerade jetzt nicht im Stiche lassen wollen. Zeigt der Welt, daß wir gegen die Wiedereinführung der Sklaverei uns mit ganzer Kraft stemmen.

Wir wollen unser Bestes, unser Einzige, was wir noch besitzen, unsere Brüder, wiederhaben. Ruft mit uns:

## Heraus mit unseren Gefangenen!

**Erscheint alle am Sonntag, 16. Novbr., 1/2 12 Uhr**  
in den

### Protest-Versammlungen

Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41	Börse, Burgstr. 25
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10 11	Singakademie, Am Kastanienwäldchen
Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242	Unionsbrauerei, Hasenheide 22/31
Kriegervereinshaus, Chausseest. 94	Spichern-Säle, Spichernstr. 3
Volkshöhne, Bülowplatz	Aula Chamisso-Gymnasium, Barbarossaplatz 5

**Redner u. a.:**

Prof. Schücking, Chr. Pfandner (Reichsv. d. Kriegsbesch.), Abg. Wels, Prof. Brühl, Pfarrer Gochling, Dr. Latz, Wilh. Bader (Reichsv. d. Kriegsbesch.), Alex. Meissl, Rittmeister Fr. Herr v. Lersner, Stud. med. Pfantsch, Dr. Pinkernell, Alw. Lorenz (Reichsv. ehem. Kriegsgef.), Stadtr. Barant (Reichsv. ehem. Kriegsgef.), Lehrer Arnold Stein (Reichsv. d. Kriegsbesch.), Abg. Laverenz, Reg.-Rat Rossmann (Reichsv. d. Kriegsbesch.), Domprediger Doehring, Franz Schmitt (Reichsv. ehem. Kriegsgef.), Pfarrer Dr. Stork, Oberlehrerin Marg. Fromm, Abg. Dr. Hugo, Pfarrer Schettler von Medem (Liga v. Schutz d. dtsh. Kultur), Abg. Klara Mendt, Abg. Martha Dönhoff, Abg. Dr. Käthe Schirmacher, Abg. Oberlehrer Werner, Adele Schreiber, Geh. Rat Prof. Dr. Meyer, Prof. Lentzsch, Stud. med. Ross.

Die unterzeichneten Verbände fordern ihre Mitglieder und die gesamte Bevölkerung Berlins zur Teilnahme an den Massenkundgebungen am 16. November 1919 auf.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund (gen. Legion). — Aussch. der Gewerkschaftskommission Groß-Berlin und Umgebung. — Aussch. der Studentenschaft Universität Berlin. — Bund der Auslandsdeutschen mit Unterabteilungen. — Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen. — Bund der Landwirte. — Bürgerrat von Groß-Berlin. — Deutsch-Demokratische Partei. — Deutsch-Nationale Volkspartei. — Deutscher Bankbeamten-Verein. — Deutscher Offiziersbund. — Deutscher Ostmarkenverein. — Deutscher Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen. — Deutscher Hilfswerk für Kriegs- und Zivilgefangene. — Deutsche Volkspartei. — Evangelischer Bund. — Evangelischer Presseverband für Deutschland. — Haupt-Kriegerverband Berlin. — Hauptausch. nationaler Arbeiter und Berufarbeiter Deutschlands. — Hilfsausch. für Gefangenensorgen. — Hilfsbund „Mein Deutschland“. — Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände. — Liga zum Schutze der deutschen Kultur. — Ostdeutscher Junglingsbund. — Reichsaussh. deutscher Frauen für Befreiung unserer Gefangenen mit seinen 204 angeschlossenen Vereinen. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten. — Reichsverband der Kolonialdeutschen. — Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. — Sozialdemokratische Partei Deutschlands. — Verband der Vaterländischen Frauenvereine der Provinz Brandenburg. — Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer. — Verein für das Deutschtum im Auslande. — Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. — Volkshilfe. — Zentralrat der deutschen Arbeiterräte. — Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. — Zentralpartei.

## Möbel gegen bar

und auf **Teilzahlung**

zu billigsten Preisen:  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Farbige Küchen  
Einzelne Möbel

Größte Rückzahlung. Liefere auch a. auswärt. Kriegerfamilien in Zahlung.

**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurterstr. 58  
5 Min. v. Alexanderpl.  
Filiale: Badstr. 47-48.  
5 Min. v. Hof. Gesandtr.

Herrenkleidung

einzelner Verkauf

wie ständlich preiswertestes Angebot

Kragen, Muffen und Pelzhüten, Fuchsgarnituren in großer Auswahl. Reparaturen prompt und billig.

Ad. Aramassoba Nachf.  
28' Neue Königstraße 28'

Herrenkleidung

nach Maß in tadelloser Ausführung

Gr. 350 M. an Großhandel in Preisunterstützung.

Ausgabe zum Wenden werden angenommen.

Anfertigung eleg. Damenskostüme.

**Julius Fabian**  
Schaufeldstr. 27/28  
Grosz Prek-torier Str. 27/28

Schuhhaus

# Stiefelkönig

gegründet 1895  
hat wieder große Auswahl in eleganten, preiswerten Schuhen!

**Friedrichstraße 131 c**  
zwischen Oranienburger Tor u. Bahnhof Friedrichstr.

Eigene Schmelze. Direkte Verwertung.

## Höchste Preise über Tageskurs

zahlt für

# Platin-

Tiegel — Schalen — Brennstoffs — Zahnstifte  
Schmucksachen — Blitzableiterspitzen —

# Gold-

Barren — Massen — Schmuck — Zahngold  
Bruchgold

# Silber-

Barren — Münzen — Abfälle — Bestecke —  
Löffel

Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903

## Metallkontor

Berlin SW 68, Alie Jakobstraße 138.  
Telefon Moritzplatz 12888.  
Telegramm-Adresse: Metallkontor, Berlin SW, 68

Eigene Schmelze. Direkte Verwertung.

**Viesdorf-Züd**  
Kantendorf-Züd  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema

**Dillen-Grundstücke**  
Falkenhagen-West  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema

**Gartengrundstücke**  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema  
in der Nähe v. Ost. Badema

**Eigenheim-Gesellschaft**  
Nieschke & Nitsche  
Berlin NO 48,  
Mene Adolphstraße 16.

Bei **Mama Knortz'sen**  
Elsasser Straße 26

## Roland-Festsäle

Auftritte der berühmten Filmchauspieler:

# Juliette Brandt

Außerdem das reichhaltige Programm  
Nach der Vorstellung Tanz

Anfang 7 Uhr — Anfang 7 Uhr

Auftreten erster Kabarett-Kräfte  
Gute Küche! Bier- und Wein-Diele!

**Viktoria - Lichtspiele**  
Große Frankfurter Straße 38.  
heute und folgende Tage:  
Das aufsehenerregende, mit ungeheurer Beifall aufgenommenen Sittsbild

## „Aus eines Mannes Mädchenjahren“

welches wir mit Allein-Erstausführung für den Osten erworben haben. Ein Spiel mit packender, von Akt zu Akt sich türmender Handlung und Konflikten bis zum gewaltigen dramatischen Schluß. Ein Ausstattungs-spiel von seltener Wucht und Spannung.

Eröffnungsprogramm der

## Kammerlichtspiele Friedrichsfelde

Berliner Straße 18, verlängerte Frankfurter Allee  
Heute Sonntag, den 15. November

## Blondes Gift

großes Sittendrama, mit Hedda Vernon und Reinhold Schünzel.

## König Krause

reizendes Lustspiel mit Konrad Dreher und Leo Peukert.  
Vorstellung für Dienstag:  
Die siebente Großmacht.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H. BERLIN NW 6  
Schiffbauerdamm 19

Abteilung Buchhandel

Goethes Werke, 4 Bände	20.— M.
Lessings „ 2 „	10.— „
Reufers „ 4 „	20.— „
Lenans „ 1 Band	5.— „
Chamisso „ 1 „	5.— „

Elegant gebunden

Besonders zu Geschenkzwecken geeignet

Bestellungen erbitten umgehend, da Vorrat nur gering

**BUCHHANDLUNG**  
der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Schiffbauerdamm 19

**Dr. med. Karl Reinhardt**  
Berlin, Potsdamer Straße 117 (in d. Lützowstraße)

## Haut- und Harnarzt

bestehende, fachmännische Behandlung.  
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren im verschlossenen Brief Mk. 1.50) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1/2-9 abends, Sonntags 11-1 Uhr.

## Bettläsungen.

Befreiung sofort.  
Alter und Geschlecht angeb. Ausk. unentgeltl. Besteht a. bewährte ges. ges. Methode.

**Institut Eng. brecht,**  
München D 401, Kapuzinerstr. 9.

**Möbel**  
Lieferung gegen bar und auf **Teilzahlung**

zu mäßigen Preisen.  
Bürgerliche Wohnzimmereinrichtungen

Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
in großer Auswahl

**Beiser**  
Lothriser Str. 67.

# Zigaretten

Ständiges Lager in rein orientalisches ägyptischen Zigaretten von M. 270. — per Millio aufwärts.

Capstans Navy Cut Mk. 285.—  
M. Guttmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22. 9-5 Uhr.

Zahle — wie bekannt — höchste Preise für

## alte Gebisse!

Gewöhnl. Plat.-Zahn bis 6.— M., diese jedoch nicht unter M. 4.10 pro Zahn.  
Plat.-Stift- u. Plattenzähne bis M. 70.— (nach Größe).  
Für Platin den jetzigen hohen Preis!

Ankunft: Bin. W. Krausestr. 56/58, Zim. 1 (Hof)  
Täglich 10-6 Uhr. Vogler, Berlin.

## Spezial-Behandlung

v. Geschlechts, Ha- u. Harn-, Frauenleiden, soz. veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutinuntersuchung, Licht- und Pflanz-Be-handlung, Schweißsicher, ohne Berührung, Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aesthetische Heilanstalt nahe Alexanderplatz

**Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-3, Sonntags 9-1**

Für Wiederverkäufer!  
Zigaretten und Tabak

Deutsche Zigaretten:	
Marke Cavetti Nr. 21	p. Stück 13 Pfg.
„ „ „ „	18
„ „ „ „	15
„ „ „ „	19 1/2
„ „ „ „	25
„ „ „ „	25
„ „ „ „	25
„ „ „ „	25
Englische Zigaretten:	
Marke K. U.	p. Stück 25 Pfg.
„ „ „ „	28 1/2
„ „ „ „	25
Tabak:	
Reiner Tabak	p. Paket 100 gr 4.50 Mk.
Blättertabak, geschneitten	p. Pfd. 24 —
„ Prinz Albert-Tabak	p. Dose 6.75 —

Diese Preise verstehen sich nur bei Engrosabnahme bei großen Beständen und netto Kasse.  
— Verkaufszeit von 9-5 Uhr nachmittags.

**F. P. A. Kaufmann,**  
Berlin S. 14, Wallstraße 55 56.

**Möbel**  
werden infolge günstigen Ab-schlusses noch preisf. abgegeben

Schlafzim. kompl. v. 1750—3000 M.  
Speisezim. „ „ 2350—7000 M.  
Hörzimmer „ „ 2350—7000 M.  
Küchen „ „ 200—1500 M.

Feiner große Auswahl in Einzel-Möbel u. Gebüll-Garn.

**Gebr. Kassner, Bülowstr. 6, dor. - Platz**  
Auf Wunsch günstige Zahlungs-bedingungen.



# Die Schande des Belagerungszustandes.

## Abg. Rosenfeld über die heutigen Regierungsmethoden.

### Preussische Landesversammlung.

Eine kleine Anfrage des Genossen Dennis über Verbote von öffentlichen Versammlungen während des sonntäglichen Hauptgottesdienstes wird von dem Regierungsvertreter dahin beantwortet, daß solche Verbote gegen die Reichsverfassung verstoßen, sofern der Gottesdienst nicht unmittelbar gestört werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung über den Vergeltungs- und zugehörige Anträge wird mit Hilfe der Demokraten abgelehnt, die an Private verübten Vergewaltigungen der dem Verfügungsbereich des Staates zu unterstellen. Ebenso wird abgelehnt, die Verurteilung der Vergewaltiger auf den Staat zu übernehmen. Die Arbeitszeit der Vergewaltigten auf sechs Stunden zu beschränken, wie es unter Antrag forder, wurde nur unter der Voraussetzung internationaler Regelung genehmigt.

Darauf wird in der Begründung der zum Gehalt des Staatsministeriums gestellten Anträge fortgefahren. Genosse Leib begründet die Dringlichkeit der Vorlage des Gesetzentwurfs über die Schaffung von „Groß-Berlin“.

Genosse Weichhof weist auf die Wichtigkeit der Umstellung industrieller Reichsbedürfnisse auf Friedenswirtschaft hin. Die Schwerkraft, die sich ergeben haben, seien dem alten militärischen System zuzuschreiben. Infolgedessen, so führt er aus, müßten über 200.000 Arbeiter entlassen werden. Nach deren vorhergehenden Rechten hat niemand gestraft. Bei Militärkapitalisten aber spielen sie eine große Rolle. Großzügig hat der Militarismus zu arbeiten verstanden (Hört! Hört! rechts), nämlich im Bereich von Menschenleben und Material und in der Vergehung unserer Volkswirtschaft. (Große Verlegenheit rechts.) In derselben verabschiedeten Weise wird auch heute noch weitergearbeitet. Das heute ist die Gemeindefabrik in Ernst. Gewerkschaften, die mit 5 W. das S. S. gefasst worden sind, werden für 50 W. an die Weierstraße zurückverkauft. Treiben sie man stellen, anstatt sie an Gewerbetreibende abzugeben. Beamte erhalten trotz Wohnungsmangel komfortable Wohnungszustände eingerichtet. Reuigoffiziere lassen sich in der zur Verwertung der Reden eingerichteten Schutzwerkstatt seines Schutzes für jeden W. das Haar anfertigen. Abgaben werden nicht mehr geleistet, weil der Reuigoffizier 2. u. 3. die Rechnungen zu bezahlen „vergeßen“ hat. Nicht der Betriebsrat hat Ordnung schaffen müssen, dafür wird er nun natürlich von interessierter Seite verleumdet.

### Kurt Rosenfeld (l. Soz.):

Nun kam Genosse Rosenfeld zum Wort. In groß angelegter, zweieinhalbstündiger Rede schilderte er den Belagerungszustand und seine Folgen ohne das vorliegende Material auch nur annähernd zu erschöpfen. Er mußte sich vielmehr mit einer bescheidenen Skizze begnügen. Feststellend sei, daß die Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion mit vereinzelten Ausnahmen ostentativ während dieser Ausschüsse dem Saal fernblieben. Aus der Rede haben wir folgende Sätze hervorgehoben:

Es ist heute nicht das erste Mal, daß wir genötigt sind, gegen den Belagerungszustand unsere Stimme zu erheben. Und es wird allem Anschein nach auch nicht das letzte Mal sein. Monatlang lastet bereits der Belagerungszustand auf dem Volke, lediglich weil eine Regierung, die den Ruf hat, sich in ihrer Mehrzahl sozialistisch zu nennen, Ausschüsse der Unzufriedenheit mit dem Belagerungszustand beantwortet, anstatt den Ursachen der Unzufriedenheit nachzuforschen und sie zu beseitigen. Wenn man im März noch verheißt konnte, daß den Männern der Regierung durch eine mehr als vierjährige Kriegspolitik der Sinn für die wirtschaftlichen Nöte verloren gegangen war, so müssen wir heute eine solche Gewalttat ein unentbehrliches Verbrechen nennen. Es handelt sich darin die innere Unmoralität des jetzigen politischen Systems. Die Arbeiterschaft denkt sozialistisch-revo-

lutionär; die Freikämper der Revolution aber waren niemals sozialistisch und nie revolutionär. Deshalb verfolgen sie alles, was revolutionär und sozialistisch ist. Es ist der Haß der politischen Emporkömmlinge, der darin zum Ausdruck kommt. Sie führen, wie erklärlich ist neben dem einfachen Arbeiter dastehen, der sich mit seinem proletarischen Empfinden turmhoch über sie erhebt.

Diejenigen Männer, die nicht milde geworden sind, die Gewaltmethoden von ebenfalls zu brandmarken, nicht Worte fanden, die klar genug waren, das Bewußtliche und Verächtliche solcher Politik zu kennzeichnen, dieselben Männer bedienen sich heute derselben Methoden und noch dazu in viel schäuflicherer Form. Sie offenbaren damit, welche schamlose Heuchelei sie damals betrieben, als sie dazugaben, sozialistisch und revolutionär zu sein. Mit jeder Verhängung des Belagerungszustandes haben sie

sich selbst einen Schandpfahl errichtet,

an denen sie nun dastehen als das, was sie sind, als Verräter der Arbeiterklasse. (Sehr wahr bei den Unsoz.)

Der Belagerungszustand ist in mehr als 50 Fällen verhängt worden. Davon werden 32 Fälle noch heute aufrecht erhalten, die zum großen Teil seit Januar, Februar und März bestehen. Sie werden aufrecht erhalten, obwohl nicht der mindeste Grund dazu vorhanden ist. Dieser Zustand besteht schon viel zu lange, als daß er noch erträglich wäre. Wie die frühere Regierung sich über die Langmut des Volkes getäuscht hat, wird sich auch die jetzige täuschen.

Wenn wir uns die angeführten Gründe, die für Verhängung des Belagerungszustandes maßgebend gewesen sein sollen, ansehen, sohen wir mehrfach auf Schuß gegen bolschewistische Uebergriffe.“ In umgekehrter Richtung scheint der Schuß aber nicht zu funktionieren und die bolschewistischen Verbände am Uebertritt zu verhindern. Wir erblicken in den Bolschewiki den Vorkämpfer der Revolution und sehen mit Freude, wie sich jetzt in Rußland alle sozialistischen Parteien zusammengefunden haben, um die Revolution zu verteidigen gegen die Angriffe der Konterrevolution. Wir werden uns ganz entschieden gegen das brutale Vorgehen gegenüber Sowjetrußland.

Wie oft haben wir hier im Hause von dem Terror der Bolschewiki zu hören bekommen. Aber die russischen Revolutionäre haben eine Amnestie erlassen, wie wir sie hier bei uns bisher vergeblich gefordert haben.

Unter den Gründen für den Belagerungszustand findet sich auch verschiedentlich „Annoher polnischer Angriffe“. Sollte die Regierung eine vernünftige Politik im Osten betreiben, wie sie Herr von Gerlach empfahl, die Verständigung wäre längst erfolgt und wir hätten nicht so viel Land verloren.

### zum Belagerungszustand in Berlin

Es ist gesagt worden, daß Bländerungen und Unruhen, die in Verbindung mit einem Generalkrieg vorgekommen seien, der Grund gewesen seien. Ich weise es als eine bodenlose Verhöhnung der Berliner Arbeiterschaft auf das Schärfste zurück, daß sie in solchen Zusammenhänge genannt wird. Die Prozesse gegen Ledebour und besonders gegen das Depot 15 der roten Soldatenmehr haben klipp und klar den Ursprung der Märzunruhen bloßgelegt.

In anderen Gebieten, so in Salzweil, ist der Belagerungszustand verhängt worden, weil Unruhen „befürchtet“ wurden. Der Salzweilener Fall ist wiederholt dargelegt worden. Und in Suhl hat sich sogar das Bürgerium entrüstet über das Vorgehen der Regierung. Ruhe und Ordnung waren nirgends gestört, solange die Regierung nicht eingriff. Jetzt hat man dort sogar den Arbeiterrat aufgelöst mit der Begründung, er sei nicht nach den Bestimmungen des Zentralrats gewählt und folglich fehle ihm die ordnungsmäßige Grundlage.

In Königsberg sind Reichwehrtrouppen in die Stadtverordnetenversammlung eingedrungen, haben zwei meiner Freunde unter schwerster Bedrohung gezwungen, bestimmte Erklärungen

öffentlich abzugeben und haben damit erreicht, daß die städtischen Körperschaften einen einmütigen Protest eingelegt haben. Und so geht es weiter durch eine ganze Reihe preussischer Städte. Selbst rechtssozialistische Zeitungen haben entrüstet dieses Treiben verurteilt.

Eine Verordnung des bekannten Generals von Watter offenbar uns

die wahren Gründe,

die zur Verhängung des Belagerungszustandes vorliegen. Darin ist ausdrücklich gesagt, um Terroristen und Heher mittels Schußkraft unschädlich machen zu können, und lediglich zu diesem Zweck müsse der Belagerungszustand verhängt werden, auch dann, wenn Beunruhigungen zu befürchten seien. Unbekümmert um alles steht sich also der Militarismus über Recht und Gesetz hinweg. Es wird Sorge der Arbeiterschaft sein, damit gründlich aufzuräumen. Ueber die Männer, die man da in Schachhaft genommen hat, urteilen angegebene bürgerliche Herren in durchaus günstigen Sinne. Rechtssozialistische Blätter rufen aus: Genossen, ist es nicht genug des Skandals?

Früher haben sich ein Heine, ein Roske, ein Scheidemann ganz entschieden gegen das brutale Nachmittel des Belagerungszustandes gewehrt. Damals waren es Worte. Heute sehen wir die Toten.

Der Redner geht auf die Rechtsverhältnisse für den Belagerungszustand ein und fährt dann fort: die Rechtsprechung des Kriegsgerichtes schreit zum Himmel. Richter sind Offiziere und die sollen über politische Grundzüge, über Revolutionäre urteilen. Die Urteile oder sind endgültig. Und die Regierung tut nichts, um diese widerwärtige Institution aufzuheben. Bei solch ungünstigen Zuständen darf man sich auch nicht über die unglücklichen und schweren Mißgriffe wundern, die sich die militärischen Nachhader erlauben.

### Die Unterdrückung der Presse

Es ist zu einer Form ausgeprägt worden, wie sie auch nicht annähernd während des Krieges zu beobachten war. Sogar als die Kommunisten zusicherten, sie würden sich streng im Rahmen der verfassungsmäßig gewährleisteten Meinungsfreiheit halten, hat man ihnen nicht die Herausgabe eines Blattes für Berlin gestattet. Es scheint, als wolle die Regierung absichtlich verhindern, daß die Arbeiter aufklärt werden über das Wesen des Kommunismus, um ihn als Fata Morgana gebrauchen zu können. Unabhängige Zeitungen auch unserer Partei sind verboten worden. Begehrnd ist, daß der Verein Berliner Presse sich jetzt erst rührt, wo auch die „Bolschewistische Zeitung“ vom Gehick erstickt wurde. Die „Freie Jugend“ wurde auf Grund eines Artikels verboten, der nicht in ihr erschienen ist, sie bleibt aber trotzdem verboten. Karl Liebknechts Broschüren gegen den Militarismus und sogar seine Bilder hat Roske beschlagnahmt, obgleich weder Staatsanwalt noch Oberstaatsanwalt irgendeinen Grund dazu finden können. (Sturm hört, hört h. d. l. Soz.)

Nicht einmal Humor und Satire kann das jetzige Regiment vorzeigen, auf so schänden Füßen steht es. Der „Jaun“ ist unterdrückt und die humoristische Gesellschaft Streifewieg unter Verzensur gestellt worden. Ja sogar der Dichter der bürgerlichen Revolution Freiligrath ist dem Jenseit im Wilhelmshafen zum Opfer gefallen. (Hört, hört h. d. Unsoz.)

Dann in Hand damit geht die Unterdrückung des Vereins- und Versammlungswesens. (Ad. Hoffmann: Janus war dagegen der reine Waisknaube.) Die Arbeiterschaft kann ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten. Sie braucht das Versammlungswort. Das wird unterbunden. Selbst gewerkschaftliche Versammlungen werden nicht verschont. Und wenn wir deswegen antworten, wird uns geantwortet: es war ein Mißgriff. (Dr. Weyl: Die ganze Regierung ist ein großer Mißgriff.) Wir glauben es einfach der Regierung nicht mehr, daß sie ernstlich die Mißgriffe verhehlen will. Ich verweise ferner auf

### die Verbote während des Reichsarbeitsstreiks.

Nur der Besonnenheit der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß diese unerhörte Prozedur nicht zu ernstlichen Konflikten geführt hat.

Das Verbot unserer Partei hat man militärisch befehl und Stadtkommande in Haft genommen. (Zuruf: Die Unschuldlosen!) Glauben Sie etwa, sie wären nach drei Tagen wieder freigeschlossen worden wenn auch nur der geringste Verdacht aufrecht zu erhalten gewesen wäre?

## Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertrugen von Germania zur Mühlen.

II.

Und gar bald lehrten die Zufälligkeiten des Lebens Jimmie, diesem angeborenen Konfessionsstand der Frauen natur dankbar zu sein. Die ungeheure englische Sommeroffensive erkrank in Schlamm und Blut, die russische Offensive brach vor Vemberg zusammen; John Cutter stapelte seine Äpfel im Keller auf, brachte die letzte Ernte ein und fuhr keine Ährisse auf den Markt. Und eines Samstags abends, da die Küche nah und dampfend im Novemberregen heimgetrieben wurden, erklärte er Jimmie, er werde von Dezember an seiner Dienste nicht mehr bedürfen. Tonne sich keine „Hilfe“ mehr leisten. Jimmie startete ihn bestürzt an, er hatte geklaut, nun, da er die Arbeit erlernt hat und es keinen Grund zu Klagen gibt, eine ständige Stelle gefunden zu haben.

„Die Arbeit ist getan,“ meinte Cutter. „Soll ich Sie etwa dafür bezahlen, daß Sie müßig gehen? Nächstes Frühjahr will ich Sie gern wieder anstellen.“

„Was soll ich denn in der Zwischenzeit tun?“ Jimmie stierte während vor sich hin; der ganze Haß gegen das niedrige Profitsystem floderte in seinem Herzen auf. So viel Nahrungsmittel hatte er gefressen und geerntet — und nannte kein Pfund davon sein eigen! „Was Sie benötigen,“ bemerkte er, „ist ein dreifacher Vär, der den ganzen Sommer arbeitet, im Winter aber schläft und nicht zu essen braucht!“

Der kleine Sozialist war um so ergrimter, da er wußte, sein Herr habe eben ein vorzügliches Geschäft gemacht. Eine Schmolzpurbahn wurde zu einer großen Sprengstoffabrik auf dem Lande gebaut; und Cutter hatte durch den Verkauf eines schmalen Landstückes, auf dem nur Westripp wuchs, die ganze Hypothek herausgeschlagen. Jimmie war beim Abschluß des Geschäftes zugegen gewesen, hatte selbst den „Wert“ des „Ausholzes“ hervorgehoben, und nun sollte er völlig leer ausgehen. Er mußte sich mit dem Angebot, das Wadhous für fünf Dollars im Monat weiter zu bewohnen, und einer Arbeit an dem Eisenbahnbau begnügen.

Regen, Schnee und Stürme lobten durchs Land, doch

hinderte nichts den Bau der Eisenbahn. Er wurde Tag und Nacht, in drei Schichten, betrieben; denn die eine Hälfte der Welt schrie nach Explosion, um sich selbst in die Luft zu sprengen, und die andere Hälfte mußte kauftun die Stunde, um das Nötige hierfür herzustellen. So wenigstens sah Jimmie Higgins die Sache; er empfand die Art, wie dieser Teufelskrieg ihn überallhin verfolgte, als persönliche Verleumdung. Er war vor ihm auf's Band geflohen, hatte seine kleine Familie in das Wadhous einer vergessenen alten Farm gebracht, etliche Meilen von der nächsten Stadt entfernt, und plötzlich erscheint eine Horde „Dagos“ mit Wädeln und Säugeln, untergräbt das Wadhous, in dem Dizzie elf Hennen und einen Hahn hält, den Schweinekegel, wo ein Schweinchen die Ueberreste der Mahlzeiten verzehrt, und zwei Tage später kommt eine ungeheure Maschine angewipelt, zerrt Schienen und Schwellen aus einem hinter ihr fahrenden Wagon, wirft sie vor sich und rollt dann darüber. Demart fragierte die Eisenbahn einfach ins Land hinein, und nach kurzer Zeit rollten unzählige mit Zement und Wellblech beladene Wagons an Jimmies Dinterrüt vorüber. Dies ging Tag und Nacht so weiter, und die Higgins wußten, daß in ihrer nächsten Nähe eine Straße abgeforstet war, Wege angelegt wurden, um Klein, schwerfällige, weit voneinander entfernte Gebäude wuchsen auf der Erde. Wenige Monate später kral die Familie nachts aus dem Schlaf und lauschte vorbeikomenden Tügen, die, von der Sprengstoffabrik kommend, mit Trinitrotoluol und anderen umsprühenden Werkzeugen des Nordes und der Vernichtung schwer beladen waren. Dies war das Los, welches einem begeisterten Antimilitaristen und Propagandisten internationaler Brüderlichkeit vom Schicksal zugeteilt war.

III.

Währenddessen suchte Jimmie die Reevesville Ortsgruppe auf, um seinen Mitgliebeitrag zu erlegen und seine Seele an pazifistischen Reden zu erquiden. Kurz vor Weihnachten schrieb der Präsident der Vereinigten Staaten an alle kriegsführenden Völker, beklor sie, vom Kampf abzulassen, deutete an, sie händen, was Säldehigkeit anlangt, auf derselben Stufe, und erklärte, daß Amerika mit ihrem Ringen nichts zu tun haben wolle. Dies erfüllte selbstverständlich die Reevesville Sozialisten mit größter Befriedigung. Diese Tatsachen hatten sie nun ja schon zwei Jahre

und vier Monate behauptet; sie hatten niemals erwartet, bei einem kapitalistischen Präsidenten Unterstützung zu finden; da dies jedoch plötzlich der Fall war, wollten sie dies auch ausnützen, forderten, der kapitalistische Präsident solle noch einen Schritt weitergehen — sein Wort durch Taten bekräftigen. Wenn die kriegsführenden Nationen nicht Frieden schließen wollen, so soll sich wenigstens Amerika vom Blute rein halten, indem es eine Sperte verhängt, sich weigert, Mittel zur Selbstzerstörung zu liefern.

Doch entschloß sich der kapitalistische Präsident aus einem Jimmie Higgins unverständlichen Grunde nicht zu diesem Vorgehen. Die Tage flossen dahin. Ende Januar zudte schließlich ein Blick nieder: die deutsche Regierung hatte die Aufsäberung betrefis der Passagierdampfer und Frachtschiffe zurückgenommen und allen Schiffen in der Kriegszone den Krieg erklärt. Wenige Tage nach diesem Ereignis besuchte Jimmie eine Versammlung und gelangte in einen brodelnden Wirbel wilder Erregung. In diesem Tage hatte der Präsident vom Kongreß die Kriegserklärung gefordert; die deutschen und österreichischen Genossen tobten vor Empörung, hoben drohende Häute, erließen sich über dies auf's neue dem Vaterlande zugefügte Unrecht. Die neueste Nummer des „Arbeiters“ frohlo von arimigen Protesten; die Deutschen und die Pazifisten wollten die Ortsgruppe zur Organisierung des Generalkrieges verpflichten. Die Straßensammlungen waren wieder aufgenommen worden; seitdem der Streik der Empire-Arbeiter beendet war, fehlte der Polizei der Vormund, einzuschreiten. Die Extremisten forderten Antikriegsversammlungen an jeder Straßenecke, Antikriegsflugblätter, die unter jede Haustür geschoben werden sollten; sie waren bereit, dafür Geld und Zeit zu opfern. Rechtsanwalt Norwood erhob sich und entküllte die Spaltung in der Partei. Wenn die Vereinigten Staaten sich Deutschlands frache Erklärung gefallen lassen, so bedeutet das die Gefährdung all dessen, was den Freunden der Freiheit teuer ist; bedeutet, daß Britannien ausgehungert, die britische Seemacht, auf welche die freien Regierungen der Welt basieren, zertrümmert werde. Norwood vermochte nicht weiter zu sprechen. Spott- und Hohnrufe überlöteten seine Stimme: „Freiheit in Irland!“ — brüllte Genossin Mary Allen. „Und in Indien, Ägypten!“ schrie Genosse Koeln, der Glasbläser, dessen mächtige Lungen sich ansehend seit zwanzig Jahren auf diesen Augenblick vorbereitet hatten.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Amerikanischer Pseudonym für Italiener.



Ein besonderes Kapitel bildet der Kampf gegen den Groß-Berliner Ballungsraum. Ein solches Vorgehen ist durchführbar. Die Arbeiterschaft wird dadurch nur in ihrem Interesse befreit werden. Und wie einstigen Erfolg wirkungslos geblieben ist, so wird auch der von Woske ohne Wirkung bleiben.

Das dunkelste Kapitel aber ist die Schuldschulden. (Der Redner führt eine große Zahl von Fällen vor, über die unser Land unterrichtet sind.) Daneben bietet und erging die Schwere dieser ganzen widerliche Wirtschaften der heutigen Regierung. Und bezeichnend ist, daß gerade Europa es ist, das die Spitze dieses Systems gestellt hat, das sich selbst in einer Proklamation vor Jahren gekennzeichnet hat.

Das ganz öffentliche Leben wird durch den Belagerungszustand gelähmt. Nicht einmal unseren toten Kaiser haben wir gestern ungehindert befehlen können. Der einzelne ist begehrt. Dieser Zustand zwingt die revolutionäre Arbeiterschaft zum schärfsten Kampfe gegen die Regierung und die

Parteien, die sie in ihrem künftigen Regiment unterstützen. Ueber alles triumphieren wird schließlich der Sozialismus. (Stürmischer Beifall b. d. Anst.)

Vizepräsident Brenkel ruft den Abg. Dr. Rosenfeld zur Ordnung wegen der Bemerkung „Kosische Rührerbanden“! Abg. Adolf Hoffmann nimmt die gerühmte Bemerkung durch einen Zwischenruf wieder auf und wird ebenfalls zur Ordnung gerufen. Abg. Reubens (Diet. V.) begründet die förmliche Anfrage über die Besorgung der Arbeiter im weite Bereich. Es geht nicht an, daß man den Arbeitern in dem Bereich, der sie beschäftigt, Hausverträge gibt, dadurch richtet man innerhalb der Betriebe die Diktatur des Proletariats auf.

Auf eine Anfrage wegen der Bildung eines Groß-Berliner Stadtkreises erklärt ein Regierungsmitglied, daß eine entsprechende Vorlage in der nächsten Woche zu erwarten sei.

Danach verläßt sich das Haus auf Sonnabend, 12 Uhr: Weiterberatung.

fol. daß Mitglieder der Reichsregierung gegen die frühere Regierung hier öffentlich die schwerste Anklage erheben?

### Die Schuldigen werden unverschämt.

Dr. Helfferich: Ich erkläre, daß ich diesen Saal verlassen werde, wenn auf diese Frage keine befriedigende Antwort erfolgt. v. Bethmann Hollweg: Dieser ist uns mitgeteilt worden, daß der Ausschuh nur dazu da sei, Tatsachen festzustellen, und daß ich als Ausschuhmitglied geladen bin. Ich stehe aber nicht hier, um mir von einem Mitgliede der jetzigen Regierung solche Anklagen vor aller Öffentlichkeit ins Gesicht schleudern zu lassen.

Herr v. Bethmann: Ich stehe auf dem gleichen Standpunkt, und ich habe daher auch der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Auffassung Dr. Davids in der Form, wie sie hier gemacht worden sind, nicht dem Rechnung tragen, was tatsächlich Gegenstand des ganzen Verfahrens ist. Der Ausschuh wird aber über die Frage beraten.

Reichsminister Dr. David: Ich habe diese Debatte nicht angefangen.

v. Bethmann Hollweg: Am vergangenen Sonntag!

Reichsminister Dr. David: Am vergangenen Sonntag habe ich hier nicht gesprochen.

Dr. Helfferich: Aber unter Bezugnahme auf den Ausschuh vor einer Vollversammlung.

Reichsminister Dr. David: Der Herr Dr. Helfferich hatte einen überaus scharfen Angriff im Rahmen seiner Zeugnisaussage gegen mich gerichtet, der gar nicht hier her gehörte. Das hat mir das Recht und die Pflicht gegeben, diesen Angriff sachlich zurückzuweisen. (Lachen und Ausrufe bei den Mitgliedern der jetzigen Regierung.) Wegen den Angriff, den Dr. Helfferich gegen mich gerichtet hat, mußte ich mich rechtfertigen, und ich habe kein Wort gesagt, das aus dem Rahmen dieser Rechtfertigung herausfällt.

Dr. Zimmermann (sehr erregt): Reichsminister Dr. David hat hier parteipolitische Reden gehalten. (Beifall und Anrufe.) Ich habe bisher geäußert, daß alle in diesem Saal von der Unparteilichkeit des Ausschusses so tief durchdrungen sein würden, daß so etwas unzulässig wäre. Wir müssen aber anerkennen, was Dr. David sagt, und wir haben nicht, wie im Parlament das Recht, ihm sofort zu erwidern. Der Vorwurf einer illoyalen Politik ist unerhört, und ich weise ihn mit aller Schärfe zurück. Ich habe meinen Standpunkt eingehend dargelegt und die Gründe entwickelt, warum ich vor der Presse die beanstandete Erklärung abgegeben habe.

### Eine Lüge aus „tatsächlichen Erwägungen“.

Wenn ich der Presse damals gesagt hätte, daß wir die ganze Sache wesentlich zur Verhütung des U-Boot-Krieges machten, ich wäre geteilt worden. Aus tatsächlichen Erwägungen habe ich deshalb gesagt, daß wir dem Wilsonschen Friedensschritt zuvorkommen wollten. Es ist unerhört, wie ein Reichsminister es wagen kann, mir deshalb Illoyalität gegen Wilson vorzuwerfen. Die Herren von der Presse haben das in sie gelebte Vertrauen nicht mißbraucht, es waren keine Schwärze. Deshalb ist in Amerika von der ganzen Sache nichts bekannt geworden.

Darauf zog sich der Ausschuh zu einer längeren Beratung zurück.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen erklärte der Vorsitzende: Ich habe im Namen des Ausschusses folgende, einstimmig angenommene Erklärung abgegeben:

Der Untersuchungsausschuh ist nach der Verfassung ein selbständiges Organ zur Untersuchung von Tatsachen. Die endgültige Feststellung des Ergebnisses seiner Untersuchungen kann erst nach Erschöpfung des Beweismaterials und nach Anhörung des Ausschusses nicht möglich sein. Soweit die Form von Äußerungen zur Beantwortung Anklagen gegeben hat, ist sie vom Vorsitzenden genehmigt worden und wird gegebenenfalls weiter gerügt werden.

Abg. Dr. Schäding: Ich erkläre, daß die Frage der amerikanischen Munitionslieferungen hin. Wilson sei rechtlich nicht in der Lage gewesen, diese Munitionslieferungen zu verbieten.

Dr. Helfferich: Wilson war zwar formell nicht verpflichtet, die Munitionslieferung zu verbieten, aber er war berechtigt, es zu tun, ohne die Neutralitätspflicht zu verletzen.

Abg. Dr. Schäding: Wilson hatte überhaupt nicht die rechtliche Kompetenz, ein Munitionsverbot zu erlassen.

Dr. Helfferich: Ist Ihnen bekannt, daß Wilson den geringsten Versuch gemacht hat, um die erforderliche Ermächtigung zum Einschreiten zu erlangen? Ich weiß davon nichts. Aus amerikanischen Kreisen ist aber der Versuch gemacht worden, ihn dazu zu drängen. Der Senator Stone hat dem Präsidenten Wilson nicht weniger als 20 Neutralitätsverletzungen vorgeworfen.

Abg. Dr. Schäding: Ist Ihnen bekannt, daß die deutsche Rüstungsindustrie jede Gelegenheit benutzt hat, um an Armeen zwischen anderen Staaten zu verkaufen, und daß es sich hier um Sünden des Kapitals handelt?

Dr. Helfferich: Ueber Sünden des Kapitals haben wir hier doch nicht zu verhandeln.

Abg. Dr. Schäding: Hier handelt es sich nicht um Sünden eines einzelnen Volkes, sondern um Sünden des Kapitals. Von der deutschen Industrie sind Waffen geliefert worden, auch wenn es sich nur für eine Varietät erweisen ließe, namentlich auch im Vorkriege. In Amerika wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite im Vorkriege erhebliche Munitions- und Waffenlieferungen erfolgt sind.

Dr. Helfferich: Amerika brauche England nur aufzufordern, auf den Boden der Londoner Deklaration zurückzutreten oder sonst die Getreidelieferungen einzustellen, dann wäre der Krieg zu Ende gekommen.

Graf Bernstorff: Jeder, der die Verhältnisse in Amerika kennt, weiß, daß ein Präsident nichts unternehmen kann, was nicht mit der Ansicht der öffentlichen Meinung übereinstimmt.

Abg. Dr. Schäding: Dann die Frage der bewaffneten Handelschiffe. Ist es richtig, daß Amerika und selbst den Vorkrieg gemacht hatte, um in der Frage der bewaffneten Handelschiffe zu verhandeln?

Dr. Helfferich: Etwa 1890-1891 hatte am 18. Januar vorgeschlagen, unsere U-Boote möchten sich auf den Kreuzerrieg beschränken, dafür würden die Handelschiffe nicht mehr bewaffnet werden. Das war ein guter Vorschlag. Aber ich habe den Eindruck, daß Lansing diesen Vorschlag über den Kopf Wilsons hinweg gemacht hatte.

Abg. Dr. Schäding: Warum ist es nun nicht zu einer Verständigung auf dieser Grundlage gekommen?

Graf Bernstorff: Daron trägt eine Vertretung diplomatischer Verhandlungen die Schuld, die leider die Signatur der ganzen zwanzigjährigen Verhandlungen mit Amerika war.

Dr. Helfferich: Die Lansing'sche Note konnte für diesen Krieg, ja für die Weltgeschichte von größter Bedeutung werden. Zum ersten Mal schien es, als ob Amerika auf die Entente einen Druck ausüben wollte. Ich gewann aber die Ueberzeugung, daß Wilson und Lansing nicht immer sehr intim zusammen gearbeitet haben. Das schien mir auch hier der Fall zu sein. Nachdem die Lansing'sche Note abgegangen war, versuchten Wilsons englische Freunde, ein Gegengewicht zu schaffen und beantragten dazu die Zustimmung in der Lusitaniafrage.

Graf Bernstorff: Die Lansing'sche Note wäre niemals im amerikanischen Kongresse angenommen worden; da hätte Wilson noch so viele Reden halten können, niemals hätte der Kongreß das getan, denn die Note bedeutete, daß Amerika von diesem Augenblick an kein einziges Handelschiff mehr zur Verfügung gehabt hätte.

Dr. Helfferich: Nach meiner festen Ueberzeugung hat Amerika den Lusitaniafall mit Rücksicht in der Schwere gelassen, um ihn nach Belieben jeden Augenblick wieder hervorzuholen zu können.

# Die Annahmung der Kriegsschuldigen.

## Eine bewegte Sitzung des Untersuchungsausschusses.

(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

Dr. Helfferich (fortsetzend): Die Entscheidung war gefallen. Der Krieg ging weiter, denn die Feinde wollten den Frieden nicht und Wilson lehnte jeden Druck auf die Entente ab. Und blieb nur die Wahl, uns schändlich zu unterwerfen oder das Letzte zu wagen; ein eheloser Friede oder ruhmvoller Untergang. Ich wünsche mich weder hier, noch vor einer anderen Instanz darauf zu besinnen, daß ich am 9. Januar der Entscheidung für den U-Bootkrieg widerzotzen habe. Ich übernehme vielmehr dafür die

### moralische und politische Mitverantwortung.

Die weiteren Ereignisse in Amerika bestätigten die Richtigkeit meiner Auffassung. Aber wir sollten nicht unangenehm launig, und so erklärt sich unser Telegramm nach Amerika vom 20. Januar. Es hat zu keinem Ergebnis geführt. Nun hat Graf Bernstorff gesagt, die Friedensvermittlung hätte weitergehen können, wenn wir eine Rüttele an der Hand geantwortet hätten. Es ist sehr schwer, sich den Kopf des sehr komplizierten Herrn Wilson zu zerbrechen. Wir haben gesagt, unsere U-Boote seien draußen, und es sei technisch unmöglich, sie zurückzubringen. Wir erklärten und aber bereit, den U-Boot-Krieg einzustellen, sobald eine ausführliche Friedensvermittlung erfolge. Professor Bonn und Graf Bernstorff meinen, dieses Telegramm hätte

### die Friedensvermittlung gestört.

Wenn es aber dem Präsidenten Wilson wirklich ernst um den Frieden war, so hätte er sich durch dieses Telegramm vom Frieden nicht abbringen lassen dürfen. Am Sonntag hat Dr. David in einer Versammlung behauptet, daß nach den bisherigen Feststellungen dieses Untersuchungsausschusses, der Reichstag in der Frage des U-Boot-Krieges hinter sich geführt worden sei, während man an Wilson einen plumpen Betrag versucht habe. Wo ist der plumpen Betragswort an Wilson? Wo auch nur der leiseste Anzeichen dafür? Der amerikanische Vorkriegsminister Gerard schreibt in seinem Buch über Herrn v. Bethmann Hollweg, der nach Dr. David den plumpen Betragswort an Amerika begangen haben soll: „Es war leichter für Deutschland, mit Herrn Bethmann Hollweg an der Spitze zum Frieden zu kommen. Die ganze Welt kennt und achtet ihn wegen seiner Ehrlichkeit.“ So der amerikanische Vorkriegsminister und so ein deutscher Reichsminister! (Große Erregung bei den Ausschuhmitgliedern. Beifall im Zuschauerraum. — Allgem. Unruhe im Saal.)

Herr v. Bethmann: Ich bitte wirklich, diese Schärfe der Kritik zu unterlassen.

Dr. Helfferich: Ich bin durchaus nicht scharf geworden, sondern habe nichts anderes getan, als die Äußerung des amerikanischen Vorkriegsministers gegenüberzustellen.

Reichsminister Dr. David (mit großer Schärfe): Die Antwort werde ich Ihnen schon geben!

Abg. Dr. Einzheimer: Der Junge beruft sich auf eine Äußerung Gerard's. Dann möge er auch die Äußerungen aus dem Buch Gerard's vorlesen, in denen er mitteilt, daß ihm am Tage oder kurz vor dem Bekanntwerden Amerikas die bestimmte Versicherung gemacht worden sei, der unbeschränkte U-Boot-Krieg würde unter keinen Umständen kommen.

Dr. Helfferich: Ich habe das Buch Gerard's nicht hier. Aber ich kann bestätigen, daß Gerard an einer Stelle schreibt, daß ihm kurz vor dem Tode der amerikanischen Handelskammer in Berlin bestimmte Versicherungen gemacht worden seien. Ob dies der Fall war, weiß ich nicht. Für mich handelte es sich in diesem Augenblick darum, daß Gerard die persönliche Ehrenhaftigkeit des damaligen Chefs der Reichsleitung anerkannt hat.

Abg. Dr. Einzheimer: Wenn Sie hier in heftiger Polemik sich auf Gerard's Buch berufen, dann müssen Sie auch die anderen Äußerungen Gerard's vorlesen.

Dr. Helfferich: Ich kann hier nicht ganze Bücher vorlesen. (Weiterkeit.) Die wirtschaftliche Wirkung des U-Bootkrieges zeigte sich zunächst darin, daß die Statistik der Nahrungsmittel in England verschwindet. Es erfolgte eine erhebliche Abnahme der Lieferungen. Aber im kritischen Augenblick strengte Amerika seine äußerste Kraft an und schränkte seinen eigenen Bedarf ein. England tat, was es konnte, um sich der Wirkung zu entziehen. Die Ausnutzung des Schiffsräume wurde aufs äußerste gesteigert. Alles wurde der Versorgung mit Lebensmitteln dienlich gemacht.

### Großzügige Maßnahmen zur Debung der Produktion

wurden eingeleitet, z. B. das große Werkbauprogramm. Ich habe stets den Gedanken zurückgewiesen, daß der U-Bootkrieg in wenigen Monaten zum Erfolg führen müsse. Ich habe nur die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns gelingen würde, England friedensbereit zu machen, ehe Amerika in der Lage wäre, einzugreifen.

Herr v. Bethmann: Hat man die großzügige Gegenwirkung in wirtschaftlicher Hinsicht auch in Rechnung gestellt?

Dr. Helfferich: Man kann nicht alles voraussagen. Im Krieg entscheidet nicht nur die Waffe, die Menschenzahl, die Technik, sondern geistige und sittliche Impulse. Die Hindenburg hat damals zu der unseligen Denkschrift Gervains gesagt, der Ausgang des Krieges sei mehr denn je eine Herdenfrage. Das sind Impulse, die man nicht wiegen kann, die aber den Ausschlag geben. Die schärfste Waffe wird stumpf, wenn der Glaube an Sieg bei Freund und Feind gerührt wird. Warum kam der U-Bootkrieg nicht zur Entwicklung? Warum hat er nicht zum Ziel geführt? Weil die U-Bootwaffe von innen heraus stumpf gemacht worden ist.

Damit sind die Befindungen Helfferich's beendet. Es werden einzelne Fragen an ihn gerichtet.

Reichsminister Dr. David: Der Herr Junge hat einen scharfen Angriff wegen meiner Rede vom vergangenen Sonntag im Schauspielhaus gegen mich gerichtet. Ich habe in dieser Rede nachgewiesen, daß durch die Geheimdiplomatie

das deutsche Volk, der Reichstag, nichts von der Friedensaktion Wilson's erfahren

hat und daß es blind in den Krieg mit Amerika geführt worden ist.

Dem Reichstag wurde nichts davon mitgeteilt, daß von der deutschen Regierung Wilson zur Einleitung einer Friedensaktion eingeladen worden sei, er wußte nichts von den Depeschen, die Graf Bernstorff nach Berlin geschickt hatte und daß Wilson zu einem abermaligen Friedensschritt bereit sei, sobald er Erfolg verspricht.

Zur selben Zeit wurde von einer neutralen Macht ein Friedensschritt unternommen, der als ergänzender Schritt von ungeheurer Bedeutung war. Diese Sache ist hier nicht öffentlich verhandelt worden, weil eine neutrale Macht in Frage kam. Das darf aber wohl öffentlich ausgesprochen werden, daß in der zweiten Hälfte des Dezember eine Friedensvermittlung einer neutralen Macht eingeleitet wurde, die als eine außerordentlich verheißungsvolle angesehen werden mußte, und die zur Verhütung der Wilsonschen Aktion führen mußte. Davon wußte der Reichstag nichts. Hätte er es gewußt, so hätte das Zentrum unter keinen Umständen seine Einwilligung gegeben, daß alles durch den rücksichtslosen U-Bootkrieg durchkreuzt wird. (Große Unruhe.)

Herr v. Bethmann: Ich halte es nicht für zulässig, die Beurteilung des Schrittes der neutralen Macht hier in der Öffentlichkeit so scharf hervorzuheben.

Reichsminister Dr. David: Ich habe dies nur angeführt, weil es schwerwiegend ist für mein Urteil, daß das Volk mit verborgenen Augen ins Verhängnis geführt wurde. Darauf kam das Telegramm Bernstorff's, daß die Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges Amerika in den Krieg führen müsse. Seine Anstrengung, einen Ausschuh zu erhalten, wurde dem Reichstag vorenthalten, das deutsche Volk wußte nichts davon. Dann kam das Telegramm Bernstorff's vom 28. Januar, der Präsident habe neuerdings erklärt, er werde einen Friedensschritt tun, der Vorkriegsminister bitte dringend um Ausschuh. (Dr. Helfferich: Ist mitgeteilt.) Der Reichstag wußte nichts davon. (Dr. Helfferich: In geheimer Sitzung, der Sie nicht bewohnten, wurde es dem Ausschuh mitgeteilt.) Von dem Eintreten einer neutralen Macht haben wir nichts erfahren, ebenso nichts davon, daß Bernstorff mitteilte, es sei ausfallslos, eine Friedensaktion zu erwarten, wenn der rücksichtslose U-Boot-Krieg erklärt würde. So wurde der Reichstag

### blind ins Verhängnis geführt.

Das habe ich aufzählen wollen, und das entspricht den Tatsachen. Das war eine unklare und illoyale Diplomatie, die getrieben wurde, nachdem man den Präsidenten Wilson eingeladen hatte, den Friedensschritt zu unternehmen, indem man ihm vorwegsprang und ihn selbst in eine Situation brachte, die er als peinlich und schwierig empfinden mußte. Hätte ich damals gewußt, was vorangegangen war, hätte ich den Depeschenwechsel zwischen unserem Vorkriegsminister und dem auswärtigen Amt gekannt, so hätte ich meine Friedenshoffnung natürlich nicht mehr gehabt, meine Partei würde damals vielleicht nach zu weitergehenden Beschlüssen gekommen sein. So mußte der Eindruck erweckt werden, daß unsere Diplomatie den

### Krieg mit Amerika geradezu provoziert

hat, und das ist die schwerere Anklage, die ich erhebe. Reichstag und deutsches Volk würden sich ganz anders gestellt haben, so ist es mit bezweifeltem Augen in das Verhängnis geführt worden.

### Die getränkte Lebertwurst.

v. Bethmann Hollweg (in leidenschaftlicher Erregung): Der Reichsminister Dr. David hat hier erneut in Fortsetzung seiner Rede vom Sonntag festgestellt, daß deutsche Volk sei im Dunkel gehalten und hinter Licht geführt worden. Er hat das in einer Form getan, welche die schwersten Anklagen in sich schließt. Er hat dieser Anklage die weitere Anklage hinzugefügt, ich hätte gegen Amerika eine illoyale Politik getrieben. Diese Anklage kann an Schwere und an Schärfe gar nicht überboten werden. Diese Anklage wird hier in öffentlicher Sitzung in die Welt geschleudert. Ich lasse diese Anklage nicht auf mir ruhen, und ich beantrage, daß sich der Ausschuh scheinbar darüber schlüssig macht, ob er sich der Ansicht des Reichsministers anschließt.

Herr v. Bethmann: Ueber die Auffassung des Ausschusses habe ich mich noch nicht unterrichten können. Meine Auffassung geht dahin, daß es nicht zu den Aufgaben des Ausschusses gehört, sich ein Urteil in dieser Richtung zu bilden. Der Ausschuh hat nur Tatsachen festzustellen. Wir können diesen Appell also nicht aufnehmen.

v. Bethmann Hollweg: Dann bitte ich, wenigstens im Namen des Ausschusses festzustellen, daß der Reichsminister Dr. David nicht imstande ist, durch solche Ausführungen, wie er sie hier in solch prononzierter Weise von maßgebender Stelle gemacht hat, der Entscheidung des Ausschusses irgendwie vorzugreifen. Ich bitte, daß das mit aller Schärfe erklärt wird.

Reichsminister Dr. David: Ich habe in meinen Ausführungen die Person des Reichstagspräsidenten überhaupt nicht genannt.

v. Bethmann Hollweg (erregt): Ich bin verantwortlich.

Reichsminister Dr. David: Ich stehe unter dem starken Eindruck, daß die politische Leitung damals nicht erwidert gehandelt hat. Den Vorwurf einer illoyalen Politik habe ich in erster Linie an die Adresse des damaligen Chefs des auswärtigen Amtes gerichtet. (Staatssekretär a. D. Dr. Zimmermann springt erregt auf, der am 10. Dezember der Presse vertraulich mitteilte, daß wir unseren Friedensschritt nur machten, um einer Friedensaktion Wilson's zuvorkommen.)

### Das ist ein illoyales Verfahren.

(Große Unruhe.)

Dr. Zimmermann (sehr erregt): In dieser Weise werden wir hier öffentlich angefaßt!

Reichsminister Dr. David: Das Verhalten Dr. Zimmermann's war die Grundlage für den Vorwurf einer illoyalen Politik. Insoweit habe ich diesen Vorwurf durchaus aufrecht. Das Herr v. Bethmann Hollweg für seine Verleumdung eine illoyale Politik nicht treiben wollte, davon bin ich fest überzeugt. In der Wirkung nach Amerika aber mußte diese Politik sachlich so aufgeführt werden.

v. Bethmann Hollweg (mit steigender Erregung): Ich möchte an den Ausschuh die Frage richten, ob dieser Saal dazu dienen



Tonnen. Wäre Wasser auf den Boden des Lanfingischen Vorschlags getreten, Millionen von Menschen wäre das Leben gerettet worden.

**Abg. Dr. Schäfers:** Auch wenn der Lanfingische Vorschlag leider fallen gelassen wurde, blieb Amerika in der Frage der bewaffneten Handelsreise auf dem Boden des formalen Rechts.

**Dr. Heisterich:** Ich bin allerdings der Überzeugung, daß Amerika diesen Rahmen des formalen Rechts vollgestopft hat bis zum Neigen.

Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf Sonnabend früh vertagt.

## Der Kiliansprozeß in Halle.

Zur Klärung der Vorfälle nach dem Einmarsch der Mörkertuppen beantragte Rechtsanwalt Herzfeld zu Beginn des dritten Verhandlungstages, den General Mörker vor Gericht zu laden und ihn nicht kommissarisch zu vernehmen, wie das beabsichtigt war. Das soll geschehen. Die Vernehmung des rechtssozialistischen Soldatenrats Adler ergab keinerlei belastende Momente für Kilian. Insbesondere wußte er Zeuge keine Mitteilungen über Waffendepots, geplante Arbeiterbewaffnung und ausgearbeitete Pländerungspläne zu machen. Nach der Auffassung des Staatsanwalts sollte Kilian dafür verantwortlich sein.

Der Junge, Soldatenrat Kirck, erklärte, daß Mörker jede Verhandlung am 1. März nach seinem Einmarsch abgelehnt habe. Sie war beabsichtigt, um die aufs äußerste erregte Arbeiterschaft zu beruhigen. Der Spieß Hartung, der vom halleschen Arbeiter- und Soldatenrat verhaftet wurde, habe eine sehr zweideutige Rolle gespielt. Er habe die einzelnen Truppenteile in Halle gegeneinander aufgebracht und bei Demonstrationen den sich überatabil gebärdeten Führer gemacht. Der Polizeinspektor Goldmann aus Halle konnte gleichfalls nicht das geringste gegen Kilians ausfinden. Ein neunzehnjähriger Regierungssoldat behauptete, Kilian habe in einer Rede die Arbeiterschaft aufgefordert, sie solle sich wie eine Mauer dem Anrücken der Regierungstruppen entgegenstellen.

An welchem Tage diese Aufforderung Kilians ergangen sei, konnte er nicht angeben. Vorstehender und Staatsanwalt gaben ihm den Rat, sich bei seinen Kameraden zu befragen. Gegen dieses Gebot, das aus den Umständen das Verweigen des Gerichts erkennen läßt, Kilian unter allen Umständen zum Verweigerer am Wohle der neudeutschen Republik zu hampeln, vermahnte sich der Verteidiger Dr. Herzfeld aufs schärfste. Bisher erob die Vernehmung seines Zeugen irgendeinen Anhalt für die Richtigkeit der gegen Kilian erhobenen Beschuldigungen.

## Die Stellungnahme der Organisationen zum Parteitag.

### Anträge der Bremer Genossen.

In der Mitgliederversammlung der U. S. P. Bremen beschäftigte man sich mit der wichtigsten Frage des Parteitag, der Internationale. Die Versammelten erklärten, grundsätzlich auf dem Boden des von der U. S. P. im März 1919 beschlossenen Aktionsprogramms zu stehen, für die Diktatur des Proletariats zu wirken durch den revolutionären Massenkampf, um durch das Rätesystem den völkerverfeindenden Sozialismus zu erlösen. Die Versammelten bringen den Konsequenzen russischen Revolutionskämpfern die größte Sympathie entgegen und wünschen, daß sie endgültig Sieger bleiben, um den russischen Arbeiterstaat zum Segen der Arbeiterklasse auszubauen. Die Versammelten stehen der 8. Internationale sympathisch gegenüber, bedauern aber, daß die Gründung der 3. Internationale zu einer Zeit erfolgte, in der es nicht möglich war, daß alle, auf dem Boden des revolutionären Massenkampfes stehenden Proletarier in kapitalistisch geachteten Staaten, sich in Moskau versammeln konnten. Die Versammlung beauftragt den Parteitag der U. S. P. dahin zu wirken, daß künftighin ein internationaler Kongreß stattfindet, auf dem dann die revolutionären Proletarier aller Länder vertreten sein können.

Zur Jugendfrage beantragte die Bremer Genossen, eine selbständige „Freie sozialistische Jugendbewegung“ zu schaffen und auszubauen. Die Zeitschrift „Freie Jugend“ ist ein Organ der selbständigen „Freien sozialistischen Jugendbewegung“ umzuwandeln.

## Der Gefekentwurf Groß-Berlin.

Ueber die wichtigsten Neuerungen und Änderungen in dem der Preussischen Landesversammlung jetzt beschleunigt zugehenden Regierungsentwurf über die Schaffung einer Groß-Berliner Gesamtgemeinde wird mitgeteilt:

Der neue Entwurf kommt den zahlreichen kommunalen Wünschen auf Vergrößerung des Umfangs der Gesamtgemeinde entgegen, indem nicht, wie ursprünglich vorgesehen, 74, sondern jetzt 86 Gemeinden und Stadtbezirke in die zu bildende Groß-Berliner Agglomeration einbezogen werden. Es sind hier insbesondere einige in der Nähe von Spandau und im Nordosten Berlins bei Grünau liegende Gemeinden neu aufgenommen worden.

Ferner bringt der Entwurf eine Änderung hinsichtlich der Zusammensetzung und der Funktion des Schiedsgerichts. So ist eine Bestimmung neu aufgenommen worden, derzufolge das Schiedsgericht verpflichtet ist, der Stadtgemeinde Groß-Berlin Abschlagszahlungen an die Reservierbände aufzuerlegen, falls sie für die Zeit bis zum Abschluß des Schiedsgerichtsverfahrens in finanzielle Not kommen sollten.

Die Mitgliederzahl der Stadtverordnetenversammlung wird von 188 auf 225 erhöht, und in Anpassung an die Reichsversammlung an Stelle der fünfjährigen eine vierjährige Legislaturperiode vorgeschrieben. Diese gilt auch für die unbesoldeten Magistratsmitglieder, Bezirksamtmitglieder usw.

Eine weitere Neuerung bringt der Entwurf mit Bezug auf die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung. Danach ergänzen sich die Stadtverordneten durch Auftritte der Bezirksverordneten, d. h. der in die Bezirksversammlungen gewählten stimmfähigen Bürger in die freigewordenen Stadtverordnetenstellen. Das Bestätigungsrecht des Ministeriums des Innern bei Abänderung der Zahl der Stadtverordneten fällt im neuen Entwurf weg.

Für die Zusammensetzung der Bezirksversammlungen ist wesentlich, daß die Zahl der stimmfähigen Bürger (Bezirksverordnete) jetzt die dreifache Zahl anstatt der doppelten der Stadtverordneten ausmacht. Die Kompetenz der Bezirksversammlungen und Bezirksämter ist wesentlich klarer gestellt und erweitert, insbesondere erhält die Bezirksversammlung ein Mitwirkungsrecht bei Festsetzung des Etats. Das ursprünglich vorgesehene absolute Vetorecht des Magistrats gegen Beschlüsse der Bezirksversammlungen können nach vorheriger Anhörung des Magistrats bei der endgültig entscheidenden Stadtverordnetenversammlung gegen das Veto ein Einspruchsrecht geltend machen.

Eine wichtige Neuerung bedeutet für Berlin die obligatorisch gemachte Einteilung in sechs Verwaltungsbezirke, die sich im wesentlichen mit den gegenwärtig bestehenden Polizeibezirken decken. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß entsprechend den geäußerten Wünschen die Abänderung der Grenzen der Verwaltungs- und Wahlkreise nicht mehr an die vorherige Genehmigung des Ministers des Innern gebunden ist.

Nach der Seite des Beamtenrechts endlich sind im Eingehen auf die Wünsche und Anregungen aus kommunalen Beamtenkreisen vielfach die Bestimmungen im einzelnen weiter ausgebaut und ergänzt worden.

Sobald der Entwurf in feiner Wortlaut vorliegt, werden wir eingehend Stellung zu ihm nehmen.

## Groß-Berlin.

### Bewaffung der Postanstalten.

Unter dem Vorwande des Schutzes vor Diebstahl- und Räuberbanden, verstehen es die Militaristen immer weitere Kreise der Bevölkerung unter ihre Vormachtigkeit zu bringen und immer neue Stützpunkte ihres reaktionären Treibens zu schaffen.

An dem Aufschlagbrett des Briefpostamtes in der Königsstraße befindet sich seit drei Tagen eine Verfügung folgenden Wortlauts:

Brief-Postamt den 1. 11. 1919.  
Höheren Orts ist angeordnet worden, eine Hauswehr zu gründen, der es obliegen würde, das staatliche Eigentum bei Unruhen zu schützen. Ueber die Führung von Waffen usw. ergeht nach Verfügung. Beamte, die geneigt sind, der Hauswehr beizutreten, wollen dies bis zum 11. 1. G. mitteilen.  
gez. Schmidt.

Kauffällig ist, daß der Aufruf weder vom Reichspostministerium noch von der Oberpostdirektion unterzeichnet ist. Ueber den hier genannten „höheren Ort“ kann man wohl kaum im Zweifel sein. Jedenfalls wäre man höheren Orts der Reichspost verpflichtet, sich über diesen Aufruf zu äußern, der bereits eine starke Bewegung unter den Beamten hervorgerufen hat. Die Beamtenliste des fraglichen Briefpostamts hat mit erstreblicher Schnelligkeit in einer Versammlung gegen die Zumutung, mit Schießprügeln ihren Dienst zu versehen, einstimmig flammenden Protest erhoben.

Auch auf anderen Postämtern soll, wie uns aus Beamtenkreisen mitgeteilt wird, in gleicher Weise gearbeitet werden. Es sollen teilweise sogar schon Waffenscheine verteilt und militärische Übungen veranstaltet worden sein. Auch hierüber wäre eine Klärung der Oberpostdirektion notwendig.

### Der neue Magistrat.

Die unbesoldeten Stadträte im Magistrat sind nunmehr durch neue ersetzt worden. Von den alten sind nur die Stadträte Wiemer und Waj nach Tassenbach, Runge und Sedelsohn geblieben. Von den Unabhängigen Sozialdemokraten sind neu eingetreten August Hingge, Frau Wenl, Emanuel Warm, Ranke und Hermann Weise. Sie sind gestern in der Magistratsitzung in ihr Amt eingeführt worden. Die Dezerate wurden ihnen vom Oberbürgermeister zugeteilt.

### Die Mißstände in der Straßenreinigung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung durch die einstimmige Annahme eines Antrages, der den Magistrat auffordert, für eine bessere Säuberung der Straßen zu sorgen, zu erkennen gegeben, wie wenig sie mit der bisherigen Tätigkeit der Straßenreinigung einverstanden ist. Das Nachschick der Stadt Berlin beauptet nun in einer Zuschrift an die Presse, daß auf den städtischen Arbeitsnachweisen Arbeitslose, die sich zum Schneeschleppen meldeten, nicht abgewiesen worden sind und daß es nicht zutrifft, daß auf den Straßenreinigungsdépôts Arbeitslose nur eingestellt worden seien, wenn sie vom Arbeitsnachweis kamen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß tatsächlich in den letzten drei Tagen Hunderte von Arbeitslosen sowohl auf dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße als auch auf einzelnen Dépôts der Straßenreinigung abgewiesen worden sind. Vor dem Nachweis in der Gormannstraße haben sich deshalb sogar lebhafte Auseinandersetzungen zwischen der Verwaltung und den Arbeitslosen abgespielt. Wie ungenügend die Berliner Straßenreinigung ist, geht aus daraus hervor, daß die Stadt Berlin 3. B. im ganzen nur 68 Schneepflüge besitzt, während das so viel kleinere Charlottenburg über 82 Schneepflüge verfügt. Das zeigt, daß es der Berliner Straßenreinigung an einer guten Organisation, die beim Eintreten eines derartigen Unwetters erfolgreich eingesetzt kann, fehlt.

### Gegen die „wilden“ Schrippen.

Der Berliner Magistrat ist bekannt: Im zahlreichen Stellen, insbesondere in Restaurants, wird Kleingebäck, vor allem Schrippen, zu übermäßigem Preise bis zu 60 Pfg. und mehr für das Stück feilgeboten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Magistratsverordnung vom 17. Oktober 1919 Kleingebäck nur im Gewicht von 50 Gramm hergestellt und sein Preis im Kleinverkauf 5 Pfg. für das Stück nicht übersteigen darf. Wegen den wilden Verkauf wird unabsichtlich erschwert und zum Übermaß nachdrücklich verurteilt werden. Ein solches Vorgehen ist durchaus gerechtfertigt und notwendig. Die hohen Preise des marktfreien Kleingebäcks bedeuten einen starken Anreiz für den Schleichhandel, das noch in weiten Kreisen vorhandene Backmehl unserer Bevölkerung völlig zu entziehen.

### Zum Schutze der Mieter.

Die Mieterbeiräte der Mietvereinigungsämter Berlin hielten im Rathaus eine Besprechung ab, die sich hauptsächlich mit den neuen Verordnungen befahte. In der Aussprache wurde kritisiert, daß bei dem großen Wohnungsmangel bedrückliche Bureaus, ja selbst Mietvereinigungsämter, in Wohnräumen untergebracht seien, wo in Schulen und Kasernen freie Räume genügend vorhanden wären, die sich für bedrückliche Bureaus sehr gut eignen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß es sich für die Mieter in allen Fällen empfiehlt, das Mietvertragsamt stets sofort anzurufen, auch bei Läden und Nebenträumen. Deswegen wurde über außerordentlich hohe Steigerungen berichtet, die meist im Wege des vom Vorstehenden unterzeichneten Vergleichs wobei die Vermieter keinen Einfluß ausüben können von den Mietern bewilligt werden. Es empfiehlt sich daher für die Mieter, sich auf solche Vergleiche nicht einzulassen, sondern auf Entscheidungen des Gerichts zu drängen. Gestagt wurde ferner über die schwebende Geschäftslage. Als ein Fehler wurde es auch empfunden, daß bei Fortdauern des Mietvertragsamts noch nicht zuständige bei, sobald die Bureaus durch Aufgabe ihrer Bureaus-

stellung wohnungslos werden. Gestimmt wurde, daß bei vertagten Sachen möglichst stets die Besetzung des Mietvereinigungsamtes zu erfolgen habe. Bei geltend gemachten durchaus notwendigen Reparaturen, die jetzt von den Hauseigentümern meist verweigert werden, sollten die Vermieter Vertagung und Ortsbesichtigung beantragen oder dies der Wohnungsinspektion übergeben. Weiter wurde kritisiert, daß der Magistrat bis heute die beantragte Entschädigung an die Mieter seit 1917, die in der schwierigen Zeit große Opfer an Zeit und Mühe gebracht haben, noch nicht bewilligt habe. Ebenso wurde das Befremden darüber ausgesprochen, daß die Forderung der Mieterbeiräte, die Termine, wie am Anfang der Tätigkeit der Mietvereinigungsämter, mit je zwei Vertagungen zu versehen, vom Magistrat noch nicht durchgeführt ist. Die verammelten Mieterbeiräte halten diese Forderung im Interesse einer guten Rechtsprechung aufrecht. Schließlich wurde ein Antrag einstimmig angenommen, für die Vermieter ein Publikationsorgan zu schaffen, das Verordnungen und Bestimmungen und wichtige Entscheidungen der Mietvereinigungsämter veröffentlicht. Eine Kommission wurde beauftragt, die Anträge und Beschwerden beim Stadtrat bringend zu vertreten und alsbald eine neue Versammlung einzuberufen.

### Arbeiter-Bildungsschule der U. S. P.

Sonntag, den 16. November 1919, nachmittags 3 Uhr, in der Festhalle des Stadtbauers (Eingang Klosterstraße): Revolutionäre Kunst. Mitwirkende: Tilla Durieux, Rezitation; Gefangenen „Schundbrunner Harmonie“, M. d. D. K.-S.-M., Dirigent Hermann Schullen. Eintrittskarten à 1 Mark, sind zu haben ab Dienstag früh: Bureau Schilderstraße 3/6 Hof II; Bureau Königsberger Straße 27, Seitenhügel I; Bureau Gerichtstraße 71, I; Bureau Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 31; Buchhandlung „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19 und bei allen Distriktskassieren Berlin. Die Genossen werden zu reger Beteiligung aufgefordert.

### Neue Kundenlisten für den Briefstellerverkauf.

Die Kassenstelle Groß-Berlin fordert alle zum Verkauf von Briefen berechtigten Verbraucher für Küchen- und Ofenbrand, Gewerbe, Wohnstätten mit Ofenheizung und denen gleichgestellten Verbraucher im Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin auf, sich in der Zeit vom 16. November bis 25. November 1919 einschließlich in die neuen Briefstellerkundenlisten einzutragen.

Zur Einnahme von Eintragungen sind nur diejenigen zum Kohlenhandel zugelassenen Personen berechtigt, welche während des angegebenen Zeitraums die von der Kassenstelle Groß-Berlin herausgegebenen Plakate mit Genehmigung der Kassenstelle Groß-Berlin, Dinststraße 25, werden hier Eintragungen in die Kundenliste für Briefstellen zum Ausdruck bringen.

Jedoch Eintragung in die Briefstellerkundenlisten für Küchen- und Ofenbrand (Koch- und Ofenarten) sind vorzulegen: graublauer Ausweis und Grundkarte, ferner die Kohlenorten.

Jedoch Eintragung in die Briefstellerkundenlisten für Gewerbebetriebe (Gewerkebetriebe) sind vorzulegen: brauner Ausweis und Grundkarte.

Jedoch Eintragung in die Briefstellerkundenlisten für Heil- und Kranken-Ofenheizung (roter Ausweis) sind vorzulegen: roter Ofenbrandausweis für die Heizperiode 1919/20.

Es wird dringend gebeten, die Eintragungen in die Briefstellerkundenlisten in dem oben angegebenen Zeitraum vorzunehmen zu lassen, da sonst die Verbraucher vom 1. April 1920 ab Briefstellen nicht mehr beziehen können. Gleichzeitig wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bis zum 31. März 1920 verjährte Kohlenhändler noch wie vor zur Abgabe von Briefstellen verpflichtet bleibt, bei welchem der Verbraucher seither eingetragen ist.

## Lebensmittellisten.

Schöneberg. Bis 18. November Voranmeldung für 150 Gramm inländ. Hülsenfrüchte (94) 250 Gramm Vorkornmehl (98). Ausgegeben werden in der nächsten Woche: ohne Voranmeldung 200 Gr. Belgischmehl (45 der Jugendkassenkarte), 100 Gramm Teigwaren und 100 Gramm Eierfleisch (75).

Spandau. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Mischnot kann den über 70 Jahre alten Personen vom 1. Dezember ab nur noch 1/4 Liter verabfolgt werden. Auf Wunsch ist für den in Fortfall kommenden 1/4 Liter Weizenmehl erhältlich. Gegen Abrechnung von Geld 328 in allen Stadtteilen 125 Gr. Küster Kasse. In zahlreichen Geschäften ist noch Vorkornmehl auf Feld 328 zu haben. Die den Geschäften gelieferten braunen Bohnen dürfen von Sonnabend ab verkauft werden, 125 Gr. auf Feld 328, Preis 2,50 M. für 2 Pfd.

Pankow. In der Woche vom 10. bis 16. November 250 Gramm inländisches Frischfleisch, 200 Gramm Blutwurstkonserven kosten 1,40 M., 200 Gramm Rindfleischkonserven kosten 2,13 M.

Berlin. Infolge Knappung des Kohlenverbandes Groß-Berlin wird die hiesige Gemeindepfeilstelle ab 16. November 1919 um 8 Uhr abends geschlossen.

Johannisthal. Vom Freitag ab 125 Gramm Infantenmehl, 250 Gramm Hülsenfrüchte, 125 Gramm Reis; in der Gemeindepfeilstelle für alle Personen von 60 Jahren gegen im Rathaus, Zimmer 7, erhältlich. Gutschein 200 Gramm Eierfleisch in Pankow.

Niederschönhausen. Auf Abschnitt 47 der Reichkarte 20 Gramm Butter, 50 Gramm Schmalz, Abschnitt 21 der Einheitskarte 120 Gr. Schmalz, Abschnitt 31 für Kinder bis 2 Jahren 1/2 Pfund Gerstenmehl, 2 Pakete Rahm. Für Kriegsbeschädigte 1 Pfund Morgenmehl, 2 Pakete Rahm. Für Kriegsbeschädigte 1 Pfund Morgenmehl (37), 150 Gramm Buchweizenmehl (101); für Jugendliche 200 Gramm Teigwaren (45). An Schwanen- und ständige Mütter 500 Gr. Cornobeehl, Holzgerstehof: Nr. 1-2500 Montag, Nr. 2501-5000 Mittwoch, 2001-7500 Freitag. Für körperlich schwache Personen Montag, den 17. November, von 11-7 Uhr.

Kornau. 250 Gr. Vorkornmehl (98); 250 Gr. Weizenmehl (99); 125 Gr. Gruppen (100); 250 Gr. Hülsenfrüchtmehl (60); 250 Gr. Fluoramin (60); 1 Paket Julebäck für Jugendliche. Am Montag und Dienstag Voranmeldung. — Am Sonnabend von 9 bis 1 und 4 bis 8 Uhr bei dem Fleischermeister Joh. Johl, Lindenstr. 45, gegen Vorlegung des weißen Haushaltungsausweises Verkauf von Wäsen, pro Pfund 8,90 M.

Kornau. Im Rathaus, Zimmer 6, in der Zeit von 8-1 Uhr gegen Vorlegung Bezugskarte für Futterstoffe.

Berlin. Ausgabe der Kartellkarte für Personen, die ihren Winterbedarf nicht gedeckt haben, am Montag, nachmittags von 8 bis 12 Uhr für die Strecken mit den Anfangsbuchstaben A bis Z, am Dienstag von 9 bis 12 Uhr.

Hennigsdorf. Montag Ausgabe der Rationierungskarten für Kinder unter 2 Jahren und für Kriegsbeschädigte. Dienstag Hülsenfrüchte für den Monat November.

## Aus den Organisationen.

Bildungsausschuss 9. Distrikt. Sonnabend, 14. Vortrag des Gen. Dr. H. A. B. in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25, über die Arbeiterbewegung in England. Eintritt 25 Pfg. 14. und 15. Distrikt. Bildungsausschuss Noobid-Fabrikarbeiter. Sonntag 7 1/2 Uhr in der Aula Zwingstr. 2, Kunitz und Gen. Weizsäcker für Hugo Bause. Mitwirkende: Streikpartei vom 1911, Orchester unter Leitung von R. Wolf, Koncertführer Herr Bruno Spott, Rezitation Leo Ritter, Genosse Hans Christian hält den Vortrag. Eintritt 1 M. Karten an der Kasse. Nächster Vortrag Donnerstag, 20. November, in derselben Aula. Thema: „Klassenkämpfe und sozialistischer Staat“. Ref. Gen. Hans Christian, Ration 24 Pfg. bei den Funktionären und an der Kasse.

16. Distrikt. Dienstag, abends 7 Uhr, öffentliche Frauen-Versammlung in der Aula der Gemeindepfeilstelle Müller, Ecke Triftstraße. Vortrag über die Frauen und ihre Rechte in der Politik. Frau Clara Zungwilt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Gönnerzeitunterstützung Sonntag früh 9 Uhr in den Julebäcklokalen.



